

LEITANTRAG LTW-PROGRAMM 2023

TOP: Beratung und Beschluss des Wahlprogrammes für die Landtagswahl



AfD Bayern – Fassung für den Landesparteitag
am 13.05.& 14.05.2023; Update am 21.04.2023

Inhalt

Unsere Werte: Heimat, Freiheit, Sicherheit	2
Bayern in Deutschland und der Welt	3
Demokratie und Bürgerrechte	4
Inneres, Recht und Sicherheit	6
Asyl und Migration.....	10
Energie.....	12
Wirtschaft	16
Digitales.....	19
Technologie und Innovation	20
Familie.....	22
Bildung.....	24
Wissenschaft.....	26
Heimat und Kultur	28
Landwirtschaft und Forst	30
Umwelt- und Verbraucherschutz.....	32
Gesundheit und Pflege.....	34
Soziales, Arbeit und Wohnen.....	38
Verkehr und Infrastruktur.....	40
Ländlicher Raum	42
Steuern, Finanzen, Öffentlicher Dienst und Grundfunk.....	43
Bezirkstagswahlprogramm.....	46

Unsere Werte: Heimat, Freiheit, Sicherheit

Für Freiheit, Verantwortung und Gemeinschaft

Für unser Menschenbild ist die untrennbare Verbindung von Freiheit und Verantwortung charakteristisch. Wir stellen uns gegen jede Umgestaltung unseres Landes nach einseitigen ideologischen Prinzipien, gegen linksgrüne Indoktrination an Schulen, gegen alle Versuche, die Bürger „umzuerziehen“, und gegen jede Art von Quoten, die bestimmte Menschengruppen ungerechtfertigt privilegieren. Wir stehen für den Erhalt unserer Heimat und das Erbe unserer Vorfahren, das im Völkerrecht verankerte Selbstbestimmungsrecht der Völker und den Fortbestand unseres Volkes. Einbürgerung ist möglich, aber sie kann erst am Ende einer gelungenen Integration stehen.

Das Volk bleibt der Souverän

Die politische Entscheidungsfindung wird oft durch den Einfluss von Lobbyisten und Nichtregierungsorganisationen (NGOs), etwa das Weltwirtschaftsforum (WEF) und Umweltverbände wie die Deutsche Umwelthilfe, beeinflusst. Parallel dazu verlagern Bundes- und Bayerische Staatsregierung staatliche Hoheitsrechte an supranationale Organisationen wie die EU, die UNO oder die WHO. Beides führt zu einer Auflösung der Souveränität Bayerns und Deutschlands. Die AfD fordert die Rückverlagerung demokratischer Souveränitätsrechte an die Parlamente und für die Tätigkeit in Lobbyorganisationen eine Karenzzeit von fünf Jahren für ehemalige Mitglieder der Staatsregierung und des Landtags.

Kontrolle politischer Entscheidungsträger statt Überwachung der Bürger

Einen Überwachungsstaat, der seine Bürger digital überwacht und kontrolliert, lehnt die AfD ab. Die Ideologie des „Great Reset“ betrachten wir als einen Angriff auf Freiheit und Bürgerrechte. Daher lehnen wir auch die Abschaffung des Bargelds, die Einführung einer „Digitalen Identität“ oder linksgrüne Versuche, die Freiheit der Menschen durch sogenannte „Ökotoken“ oder ein personalisiertes CO2-Budget zu beschneiden, ab. Die AfD setzt sich auf allen Ebenen für Freiheit und Selbstbestimmung ein und wird eine Überwachung und Kontrolle sämtlicher Lebensbereiche verhindern.

Nie wieder Lockdowns!

Die Bayerische Staatsregierung hat mit ihren Corona-Maßnahmen die Bürger- und Freiheitsrechte unverhältnismäßig und damit verfassungswidrig eingeschränkt, die Öffentlichkeit falsch informiert, Ungeimpfte diskriminiert, Erziehung und Unterricht verantwortungslos eingeschränkt und großen wirtschaftlichen Schaden angerichtet. Dies muss politisch, juristisch und wissenschaftlich umfassend aufgearbeitet werden, auch um eine Wiederholung derartiger staatlicher Übergriffe zu verhindern. Das Bundesverwaltungsgericht hat am 22. November 2022 festgestellt, dass die von der Bayerischen Staatsregierung verhängte Ausgangsbeschränkung rechtswidrig, da unverhältnismäßig war. Die AfD fordert daher, dass die zuständigen Entscheidungsträger, insbesondere Ministerpräsident Markus Söder aufgrund dieser illegalen Beschränkung fundamentaler Bürgerrechte Konsequenzen tragen müssen.

Bayern in Deutschland und der Welt

Bayern zuerst!

In Deutschland und Bayern haben die Bürger ihr Vertrauen in die Politik verloren. Die Ursache liegt in der Abgehobenheit einer politischen Klasse, die sich dem eigenen Volk nicht mehr verpflichtet fühlt und es nur noch als Verfügungsmasse für ihre sozialistischen Experimente sieht. Die AfD steht für einen fundamentalen Politikwechsel in Bayern und Deutschland und fordert ein Ende der Selbstaufgabe und Selbstzerstörung unseres Landes.

Deutschland als Mittler statt als Kriegspartei

Seit 2014 herrscht in der Ukraine ein schwerer militärischer Konflikt, der am 24. Februar 2022 eskaliert ist. Die AfD hält es für die Aufgabe der kriegsführenden Parteien, zu einem friedlichen Miteinander zurückzufinden. Wir appellieren an die Regierungen Russlands und der Ukraine, umgehend Friedensverhandlungen aufzunehmen.

Die Einmischung ausländischer Mächte, die von ihren eigenen Interessen geleitet werden, hat sich in diesem Konflikt bisher als wenig hilfreich erwiesen. Es besteht die Gefahr, dass Deutschland und Bayern durch die Parteinahme der Bundesregierung für die Ukraine in den Krieg hineingezogen werden. Aus Bayern werden schwere Waffensysteme in ein Kriegsgebiet geliefert, und ukrainische Soldaten werden auf Truppenübungsplätzen in Bayern ausgebildet. Die Bundesregierung hat damit ihr bisher geltendes Prinzip aufgegeben, keine Waffen in Krisengebiete und erst recht nicht in Kriegsgebiete zu liefern. Wir fordern von der Bayerischen Staatsregierung eine klare Verurteilung der Waffenlieferungen an die Ukraine.

Demokratie und Bürgerrechte

Mehr Demokratie nach Schweizer Vorbild

Immer öfter wird durch Regierungen in strittigen Fragen die staatliche Willensbildung an „Bürgerräte“ ausgelagert, um deren Empfehlungen dann gegen die demokratischen Souveränitätsrechte und gesetzlichen Partizipationsmöglichkeiten der Bürger auszuspielen. Im Gegensatz hierzu fordert die AfD eine Senkung bestehender Hürden für Volksabstimmungen auf Landes-, Bezirks- und Landkreisebene, eine Möglichkeit, Regierungsorgane bei eklatanter Fehlleistung abwählen zu können, sowie unabhängige Beratungsstellen für Volksabstimmungen auf allen staatlichen Ebenen.

Demokratische Mindeststandards in der Gewaltenteilung durchsetzen

Um im Sinne der Rechtsstaatlichkeit eine konsequente Gewaltenteilung zu gewährleisten, fordert die AfD eine von der Politik unabhängige Auswahl der Richter sowie eine unabhängige Staatsanwaltschaft, die entsprechend europäischen Mindeststandards nicht mehr an die politisch motivierten Weisungen des Justizministers gebunden sein darf.

Wahlrecht reformieren

Der Bayerische Landtag ist mit seinen derzeit 205 Abgeordneten zu groß und zu teuer. Wir möchten ihn auf höchstens 180 Mitglieder beschränken. Dieses Ziel wollen wir mit einer Verringerung der Anzahl der Stimmkreise erreichen. Außerdem möchten wir die Amtszeit des Ministerpräsidenten auf zwei aufeinanderfolgende Legislaturperioden begrenzen. Abgeordnete sollten, statt Lebenszeitpolitiker zu werden, höchstens zwei Mal hintereinander in den Landtag gewählt werden können. Zur Stärkung der Demokratie wollen wir die Dauer der Legislaturperiode wieder von fünf auf vier Jahre senken. Das aktive Wahlrecht muss an die Volljährigkeit gebunden bleiben. Im Sinne der Gewaltenteilung wollen wir verhindern, dass ehemalige Ministerpräsidenten, Minister und Landtagsabgeordnete dem Bayerischen Verfassungsgerichtshof angehören.

Verfassungsschutz reformieren

In Deutschland werden, entgegen europäischen Mindeststandards der Demokratie, Bundes- bzw. Landesämter für Verfassungsschutz teilweise zur gezielten Diskreditierung und Unterdrückung der demokratischen Opposition missbraucht. Die AfD tritt dieser insbesondere gegen sie gerichteten Instrumentalisierung des Verfassungsschutzes entschieden entgegen. Der Verfassungsschutz darf kein Schutz der Regierung vor unerwünschter, aber selbstverständlich legitimer Kritik sein. Der Verfassungsschutz hat lediglich dazu beizutragen, staatsgefährdende Handlungen wie beispielsweise von islamistischen Organisationen zu unterbinden, nicht aber die Gesinnungen von Bürgern zu bewerten und in die Willensbildung von Parteien einzugreifen.

Trennung von Kirche und Staat

Jährlich zahlt Bayern ca. 100 Millionen Euro an die großen Kirchen als Ausgleichsleistung für die Säkularisierung zu Beginn des 19. Jahrhunderts. Die AfD fordert die Ablösung dieser obsoleten Staatsleistung. Dienstleistungen der Kirche für die Gesellschaft sind im Einzelnen abzurechnen. Des Weiteren fordern wir ein Ende des staatlichen Einzugs der Kirchensteuer. Falls die Kirchen ausreisepflichtigen Migranten weiterhin „Kirchenasyl“ gewähren oder die widerrechtliche Schlepperei von NGOs („Seenotrettung“) materiell unterstützen, müssen ihnen Steuervorteile gestrichen werden.

Opposition in kommunalen Gremien gesetzlich schützen

Das bayerische Kommunalrecht muss auch kleinen Oppositionsparteien einen Schutz in kommunalen Gremien bieten. Ausschussgemeinschaften von Kleinstparteien dürfen nicht dazu dienen, die AfD entgegen dem Wählerwillen von der Repräsentation in Ausschüssen auszuschließen. Das Minimalrepräsentationsprinzip ist für alle Parteien zu gewährleisten. Sitzverteilungsverfahren für Ausschüsse und die Mindestanzahl an Mitgliedern einer Fraktion in Gemeinderäten oder Kreistagen sollten gesetzlich festgelegt werden, um Willkür durch beliebige Ausgestaltung der vom Gremium beschlossenen Geschäftsordnung zu verhindern. Weiterhin sollten Fraktionen in kommunalen Gremien auch ein Antragsrecht erhalten, wie im Bayerischen Landtag üblich. Undemokratischen Vorprüfungsverfahren, mit denen seitens der Verwaltung Anträge von der Behandlung ausgeschlossen werden sollen, stellt sich die AfD entschieden entgegen. Eine Reform des bayerischen Kommunalrechts sollte einem Missbrauch von Zahlungen für Fraktionssitzungen landesweit einen Riegel vorschieben.

Richterwahl neutral gestalten

Eine unabhängige Justiz ist die Grundvoraussetzung eines jeden Rechtsstaates. Die Exekutive hält die Gerichte und Staatsanwaltschaften bislang jedoch in vielfältiger Abhängigkeit. Personal- und Sachmittel weist der Finanzminister zu oder streicht sie wieder nach Haushaltslage. Auch die Entscheidung über die Einstellung von Richtern und Staatsanwälten treffen Politiker über ihre nachgeordneten Bediensteten.

Der im Grundgesetz verbriefte Anspruch der bayerischen Bürger auf Zugang zur Justiz, ein faires Verfahren sowie eine zügige Entscheidung und die Möglichkeit Rechtsmittel einzulegen bleibt dabei mitunter auf der Strecke. Politische Einflüsse wie Partei- und Kabinettsdisziplin hindern die Justizminister, die nötige Abhilfe zu schaffen.

Die AfD teilt daher die Forderung des deutschen Richterbundes nach einer selbstverwalteten Justiz, wie sie in fast allen Staaten Europas üblich ist. Die Justiz muss sich wie Legislative und Exekutive in ihren Organisationsbereichen selbst verwalten können.

Inneres, Recht und Sicherheit

Innere Sicherheit wieder gewährleisten

Die Gewährleistung der inneren Sicherheit ist eine Kernaufgabe des Staates. Mit unverhältnismäßigen Sparmaßnahmen, der Politik der „offenen Grenzen“ und einer immer umfassenderen Überwachung der Bürger gefährdet die Staatsregierung unsere Sicherheit und Freiheit. Terrorangriffe, Messerattacken, Ehrenmorde und andere Gewaltdelikte, aber auch die wieder stark steigende Zahl von Einbrüchen und Betrugsdelikten sowie die ausufernde Drogenkriminalität zeigen, dass es um die Sicherheit der Bürger schlecht bestellt ist. Die Gewaltexzesse der linksextremen „Antifa“, migrantischer Jugendbanden oder auch die Straßenblockaden von Gruppierungen wie der „Letzten Generation“ in den Straßen Bayerns machen deutlich, wie sehr die öffentliche Ordnung Schaden genommen hat. Wir werden die Ursachen bekämpfen und der zunehmenden Verrohung unserer Gesellschaft entgegenwirken.

Grenzschutzoffensive Bayern

Die AfD setzt sich dafür ein, dass die Bayerische Polizei in enger Abstimmung mit der Bundespolizei regelmäßige Grenzkontrollen zur Verhinderung illegaler Einreisen aufnimmt. Hierfür sind Kooperationsverträge mit der Bundespolizei auszuarbeiten, die die Grenzkontrollen rechtskonform ausgestalten.

Konsequentes Vorgehen gegen Extremismus, Clans und No-Go-Areas

Die AfD Bayern verurteilt jede Form des Extremismus. Unser Rechtsstaat muss wehrhaft sein gegen jede Unterwanderung, Zersetzung oder Zerstörung unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Während der Fokus von Regierung und Medien auf einem unverhältnismäßig aufgeblähten und einseitig politisierten „Kampf gegen Rechts“ liegt, dessen finanzielle Profiteure insbesondere aus der radikalen Linken stammen, werden andere, vielfach größere und substantiellere Gefahren für unsere Freiheit und Sicherheit stiefmütterlich behandelt oder gar ignoriert. Hier sind vor allem der Linksextremismus, der religiöse Fanatismus (insbesondere der politische Islam) und der Klimaextremismus zu nennen.

Wir fordern den Schutz unserer Freiheit und Demokratie ohne ideologische Verzerrung. Dabei ist uns wichtig, dass bei polizeilichen Maßnahmen stets die Verhältnismäßigkeit gewahrt bleibt und im Einsatz gegenüber dem Bürger nur die am wenigsten freiheitseinschränkenden Mittel gewählt werden. Die AfD Bayern lehnt die Kriminalisierung gewaltfreier Regierungskritik entschieden ab. Die demokratische Opposition darf nicht eingeschränkt, verunglimpft oder durch eine manipulative Umdeutung von Begriffen als „extremistisch“ delegitimiert werden. Die wahren Gefahren lauern woanders: Insbesondere die Radikalisierung von Islamisten, die in Bayern bereits mehrfach zu religiös motivierten Anschlägen führte, muss wirksam bekämpft werden. Ebenso bedroht die Entstehung von „No-Go-Areas“ unsere Sicherheit, denn sie schaffen Rückzugsräume für Kriminelle und Extremisten.

In jüngster Zeit stellt uns der Klimaextremismus von Gruppen wie der „Letzten Generation“ vor neue Probleme, weil die Radikalisierung der Beteiligten stetig zunimmt und bis in die Mitte der Gesellschaft reicht. Die Entstehung einer gewalttätigen „Klima-RAF“ deutet sich an. Die bayerischen Sicherheitsbehörden und die Justiz müssen diese Gefahr endlich angemessen adressieren sowie die Hintermänner, Strukturen und Finanziere ermitteln. Bayern darf kein sicherer Hafen für Klimaextremisten sein!

Nutzlose Verschärfung des Waffenrechts verhindern

Unverhältnismäßige Waffenrechtsverschärfungen zulasten unbescholtener Bürger sowie die immer stärkere Gängelung durch Behörden gefährden die Jagd, den Sport sowie die Traditionspflege in Bayern. Wir stellen uns gegen jede sinnlose Verschärfung des Waffenrechts, da das eigentliche Problem der Waffengewalt durch die nicht erfassten in Umlauf befindlichen illegalen Waffen hervorgerufen wird. Weiterhin lehnen wir die Errichtung sogenannter „Waffenverbotszonen“ ab, die mit massiven Freiheitseingriffen ineffektiv nur Symptome bekämpfen, statt die Probleme an der Wurzel anzupacken. Grundsätzlich wollen wir die Kultur des Misstrauens eines übergriffigen Staates vermeiden und ein Waffenrecht etablieren, das die Bedürfnisse der Traditionspflege, der Jagd, des Sportes und der Selbstverteidigung schützt. Europäische Demokratien wie die Schweiz oder Tschechien zeigen, dass sich eine sichere und freie Gesellschaft sehr gut mit dem Recht auf Waffenbesitz vereinbaren lässt.

Für mehr Sicherheit und effektive Verbrechensbekämpfung – Bayerns Polizei und Justiz stärken

Sicherheit ist ein Grundbedürfnis der Bürger und ihre Gewährleistung die Kernaufgabe des Staates. Nicht nur die Aufklärung von Straftaten muss konsequenter durchgesetzt werden, auch die Prävention sollte deutlich gestärkt werden. Hierzu bedarf es einer Entbürokratisierung des Polizeidienstes und eine verstärkte Präsenz von Polizeibeamten in der Öffentlichkeit. Die Befugnisse von Sicherheitsbehörden und der Judikative sind stets so zu begrenzen, dass die Freiheitsrechte des Einzelnen gewahrt bleiben. Dies macht auch eine beständige Überprüfung der Befugnisse von Sicherheitsbehörden notwendig. Die Freiheit der Bürger darf nicht der Kriminalitätsbekämpfung zum Opfer fallen. Wir fordern eine moderne Ausstattung unserer Polizisten, lehnen aber jede Form einer „Militarisierung“ der Polizei ab. Den konsequenten Einsatz von Bodycams und Dashcams zur polizeilichen Beweissicherung im Einsatz befürworten wir ausdrücklich.

Bessere Ausbildung für Polizisten

Um eine effektive Polizeiarbeit leisten zu können, muss der Freistaat Polizisten die Möglichkeit bieten, sich im Rahmen von praxisnahen Aus- und Weiterbildungen ständig an die Herausforderungen des Berufsalltags anpassen zu können. Eine gute Ausstattung ist dafür ebenfalls unverzichtbar. Als AfD unterstützen wir die Forderung nach der Beschaffung von Stichschutzwesten und Distanz-Elektro-Impuls Waffen (Taser) für die Beamten. Die praktische Fortbildung muss intensiviert werden, von

jährlichen Kursen, die aktuelle Gesetzesänderungen in Bezug auf den Polizeidienst erklären, bis hin zu einem intensiven, an die Herausforderungen des Alltags angepassten Schießtraining im Dienst.

Polizeiaufgabengesetz mit Augenmaß

Die Reformen des Polizeiaufgabengesetzes haben die Befugnisse des Staates auf Kosten der Freiheit der Bürger drastisch ausgeweitet, ohne damit jedoch ein Mehr an Sicherheit zu schaffen. Immer autoritärer werdende Gesetze können nicht über das Versagen der Staatsregierung bei der Bekämpfung von Kriminalität hinwegtäuschen. Die konsequente Anwendung der bestehenden Gesetze und die Unterstützung der Judikative bei ihrer Arbeit würden ausreichen, um die Kriminalität effektiv zu bekämpfen. Ebenso lehnen wir die durch die Reformen entstandene Ausweitung des Unterbindungsgewahrsams ab. Die AfD Bayern steht unmissverständlich für die Rücknahme dieser unbotmäßigen Verschärfungen im Polizeiaufgabengesetz.

Justiz entbürokratisieren – Judikative stärken

Lange Wartezeiten, überbürokratisierte Prozesse und die teilweise politische Instrumentalisierung von Staatsanwaltschaften lassen das so wichtige Vertrauen der Bürger in den Rechtsstaat erodieren. Deshalb fordern wir eine personelle Stärkung und eine Reformierung der bayerischen Justiz. Wir wollen entsprechend europäischen demokratischen Mindeststandards die Weisungsgebundenheit der Staatsanwaltschaften abschaffen, um politischen Missbrauch zu verhindern und die Trennung von Exekutive und Judikative zu gewährleisten. Unsere Gesetze gelten für jeden, der in unserem Land lebt. Eine Paralleljustiz, etwa durch Scharia-Gerichte, oder „Kulturrabatte“ bei Verurteilungen von Straftätern aus anderen Kulturräumen darf es niemals geben.

Vertrauen in das Gesetz festigen

Die Gesetzgebung im Freistaat muss sich wieder nach den tatsächlichen Bedürfnissen der Bürger und den dafür notwendigen Voraussetzungen im Staate richten. Die Rechtssicherheit als elementarer Teil des Rechtsstaatsprinzips wurde durch die Staatsregierung – z.B. durch die häufig novellierte und oft unklar formulierte Bayerische Infektionsschutzmaßnahmenverordnung – schwer geschädigt. Den Missbrauch der Rechtssetzung als Werkzeug für Reformen und Verbote durch die Hintertür weisen wir entschieden zurück. Der Bürger hat einen Anspruch auf Beständigkeit, Klarheit und Vorhersehbarkeit von Rechtsnormen sowie auf die an diese gebundenen konkreten Rechte und Pflichten. Die AfD fordert, dass die Rechtspolitik wieder an dieses Prinzip gebunden wird – ob bei der Änderung lange bestehender und dringend reformbedürftiger Regelungen oder der Schaffung neuer Vorschriften.

Buß- und Verwarnungsgeldmissbrauch stoppen

Der Einsatz von Geschwindigkeitsmessungen sowie die Parkraumüberwachung sind wichtige Beiträge zur Sicherung der öffentlichen Ordnung und zur Durchsetzung der Straßenverkehrsordnung. Der Einsatz darf sich jedoch nur an diesen Zielen orientieren und nicht etwa der Verbesserung der kommunalen Kassenlage dienen und übertrieben werden. Geschwindigkeitsmessungen sind deshalb auf besonders neuralgische Stellen wie Unfall-Hotspots oder die Umgebung von Schulen und

Kindergärten sowie Spielplätze zu fokussieren. Ordnungstechnisch höchst fragwürdigen Aktivismus wie den „Blitzmarathon“ lehnen wir entschieden ab.

Gegen flächendeckende Videoüberwachung

Dem Trend zu einer immer flächendeckenderen Videoüberwachung stellen wir uns entgegen. Die bürgerlichen Grund- und Freiheitsrechte dürfen nicht untergraben werden. Der Einsatz von Videoüberwachung ist stets kritisch zu prüfen und nur an Kriminalitätsherden zuzulassen. Weil jedoch keine Kamera ein Verbrechen verhindern kann, sollte der Fokus wieder stärker auf die Prävention von Straftaten gerichtet werden. Hierzu bedarf es einer stärkeren Präsenz von Polizisten auf unseren Straßen sowie die Einrichtung dezentraler Dienststellen an Brennpunkten.

Erhalt und Ausbau der Bundeswehrstandorte in Bayern

Die Bayerische Staatsregierung hat dem überzogenen Abbau von Bundeswehrstandorten, darunter auch der Schließung von Traditionsstandorten in Bayern, jahrelang tatenlos zugesehen. Damit wurde die gerade in Bayern besonders ausgeprägte soziale und wirtschaftliche Verbindung der Bevölkerung mit der Bundeswehr nachhaltig geschwächt. Die AfD fordert ein stärkeres Engagement der Bayerischen Staatsregierung für die Bundeswehr in Bayern und in Deutschland. Bayern benötigt als großes Flächenland ein starkes Sicherheitsrückgrat und sollte insbesondere in Zeiten großer sicherheits- und verteidigungspolitischer Herausforderungen für eine starke, in unserer Heimat verankerte Bundeswehr eintreten. Im Zuge der geplanten Verstärkung auf 203.000 Dienstposten für Soldaten sowie einer Erhöhung des Umfangs an zivilen Dienstposten bei der Wehrverwaltung fordert die AfD die Staatsregierung auf, für die Stationierung eines deutlichen Anteils der neuen Dienstposten im Freistaat aktiv einzutreten.

Kulturfremde Masseneinwanderung – das verdrängte Langzeitproblem

Die unkontrollierte Masseneinwanderung der letzten Jahre hat in Bayern zu Problemen geführt, die langfristig kaum beherrschbar sind. Konsequentes Handeln zum Schutz unserer sozialen Sicherheit und der Staatsfinanzen ist dringend erforderlich. Maßnahmen gegen illegale Einwanderung sowie Regeln für eine kontrollierte, in der Regel zeitlich befristete Migration Hochqualifizierter in unseren Arbeitsmarkt nach kanadischem Vorbild sind genauso unerlässlich wie der Schutz unserer Werteordnung vor weiter fortschreitender Islamisierung und Afrikanisierung. Die Staatsbürgerschaft wird im Regelfall von den Eltern übernommen und sollte daher wieder an das verfassungskonforme Abstammungsprinzip gebunden werden, das bis 1999 gültig war. Eine Vergabe der Staatsbürgerschaft durch Einbürgerung muss vorrangig deutschen Interessen dienen.

Nein zu Asylmissbrauch und Kirchenasyl

Gleiches Recht muss für alle gelten. Es widerspricht elementaren rechtsstaatlichen Prinzipien, wenn religiöse Einrichtungen einen Sonderstatus für sich in Anspruch nehmen und die rechtmäßige Abschiebung von ausreisepflichtigen Personen verhindern. Wir möchten, dass Bayern sich dafür einsetzt, dass die Vereinbarung zwischen dem BAMF und den Kirchen aufgehoben und die Praxis des sogenannten Kirchenasyls sofort beendet wird.

100 Prozent Abschiebequote

Die AfD macht sich dafür stark, jeden ausreisepflichtigen Ausländer innerhalb von spätestens sechs Monaten abzuschicken. Das Ziel muss eine bayerische Abschiebequote von 100 Prozent aller nicht aufenthaltsberechtigten Personen sein. Hierfür müssen die Ausländerbehörden in Bayern der Polizei und den Strafverfolgungsbehörden in Abschiebefragen gleichgestellt werden. Insbesondere sind bei der Polizei die erforderlichen personellen und logistischen sowie infrastrukturellen Strukturen zu schaffen. Die Beziehungen Bayerns zu anderen Regionen und Ländern dieser Welt sollten dazu genutzt werden, Rückführungen in die entsprechenden Staaten zu erleichtern.

Migrationskosten begrenzen

Wir unterstützen eine Reform des Asylrechts und der entsprechenden internationalen Verträge, damit deutsche Interessen stärker berücksichtigt werden. Humanitäre Hilfe wollen wir vorwiegend in den Krisenländern oder sicheren Nachbarländern in der Region anbieten, nicht in Deutschland. Die Aufnahme von Kriegsflüchtlingen aus Europa soll – wenn keine Versorgung in der Nähe der Konfliktregion möglich ist – nur aus aktuell umkämpften Gebieten und nur für die Dauer der Kampfhandlungen möglich sein. Sozialleistungen nach dem Aufenthaltsrecht sollen sich stärker am europäischen Durchschnitt orientieren.

Der politische Islam gehört nicht zu Bayern

Der Islam hat das Ziel, Regeln in unsere freiheitliche Gesellschaft einzuführen, die den 1.400 Jahre alten Vorstellungen arabischer Volksgruppen entsprechen. Diese widersprechen dem Grundgesetz, da sie staatliches Handeln unter religiöses Primat stellen, die Gleichberechtigung von Mann und Frau sowie die Selbstbestimmung des Einzelnen ablehnen. Durch den Aufbau von Parallelgesellschaften mit eigenem Rechtssystem (Scharia) untergraben sie unsere freiheitlich demokratische Grundordnung.

Islamisierung unserer Lebenswelt unterbinden

Unsere Rechtsordnung schützt das religiöse Bekenntnis. Dazu gehört insbesondere auch die Freiheit, sich nicht nach den Sonderregeln – wie denen der Scharia – einer Religionsgemeinschaft zu verhalten. Sonderregeln in Schwimmbädern für Moslems, eine „Scharia-Polizei“ bzw. „Scharia-Gerichte“ lehnen wir strikt ab. Auch der öffentliche Muezzinruf ist einer christlichen, teilweise säkularisierten und religiös pluralen Gesellschaft nicht zumutbar. Die Zahlung von Steuergeldern an islamische Organisationen wollen wir beenden, Auslandszahlungen an Moscheen und Moscheevereine in Deutschland nach österreichischem Vorbild unterbinden. Beim Neubau von Moscheen ist das Baurecht streng auszulegen und insbesondere auf die Wahrung des Nachbarschaftsfriedens zu achten.

Die Unterdrückung der Frauen im Islam bekämpfen

Die Gleichberechtigung von Mann und Frau ist nicht verhandelbar. Grundlage einer Ehe muss die freie Entscheidung beider Ehepartner sein. Kinderehen und Zwangsverheiratungen werden wir niemals dulden. Genitalverstümmelung – insbesondere bei Frauen – ist eine gefährliche Körperverletzung und daher strengstens zu verfolgen. Einen „Kulturbonus“ bei Gerichtsurteilen (etwa für Frauenmorde oder sogenannte „Ehrenmorde“) lehnen wir entschieden ab. Wir wollen am Kopftuchverbot im öffentlichen Dienst, in Kitas und Schulen festhalten.

Energie

Günstige Energie für Bürger und Unternehmen

Der Freistaat Bayern ist als Industrieland auf günstige Energie angewiesen. Die AfD hat sich aus wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Gründen gegen die gescheiterte sog. „Energiewende“ ausgesprochen. Seit der letzten Landtagswahl 2018 haben sich die Preise für alle Energieträger extrem verteuert. Diese Kosten verursachen vielfältige Probleme für private Haushalte; zahlreiche Handwerksbetriebe müssen das Geschäft aufgeben, und ganze Industriezweige wandern ins Ausland ab. Die Versorgungssicherheit ist in Gefahr. Die AfD Bayern möchte den Dreiklang der Energiepolitik aus Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und Umweltschutz wieder herstellen.

Energie- und Kraftstoffpreise senken – runter mit den Steuern!

Die Energiepreise für Strom, Wärme und Kraftstoffe müssen sich zum Wohle der Bevölkerung und aufgrund der Wettbewerbsfähigkeit der Industrie am Weltmarkt orientieren. Wir setzen uns auf allen Ebenen dafür ein, die CO₂-Abgabe abzuschaffen, spezielle Energiesteuern und Stromsteuern zu senken sowie die Umsatzsteuer für Energie generell und dauerhaft auf 7 Prozent zu senken, so wie es bei Gütern des täglichen Bedarfs bereits üblich ist.

Freie Wahl der Energieversorgung – Nein zum geplanten Verbot von Holzöfen

Wir unterstützen jegliche dezentrale private und betriebliche Energieversorgung. Es muss garantiert werden, dass die Energie aus modernen Anlagen zur Erzeugung von Wärme, Kälte und Strom für den Eigenbedarf der Bürger sowie der Industrie abgabenfrei ist. Wir setzen uns als konservative politische Kraft für die Schonung der natürlichen Ressourcen ein. Wir befürworten daher die Energiegewinnung aus nachwachsenden Rohstoffen, aber ohne staatliche Förderung. Das geplante Verbot von Holzöfen lehnen wir entschieden ab. Der Erzeugung von synthetischen Kraftstoffen stehen wir aufgeschlossen gegenüber.

Kernenergie gehört fest zum Energiemix

Weltweit werden grundlastfähige Kernkraftwerke (KKW) betrieben. Neue Anlagen werden in großem Umfang geplant und gebaut. In Deutschland hingegen wurden bestehende sichere KKW abgeschaltet und Neubauten verhindert. Die AfD wird sich weiterhin für die Inbetriebnahme bestehender und neuer sicherer bayerischer KKW einsetzen, um dem Industriestandort Bayern und seinen Bürgern Energie zu niedrigen Preisen zur Verfügung zu stellen. Wir wollen, dass Bayern sich an der Erforschung neuer kerntechnischer Entwicklungen beteiligt, die die Nutzung gebrauchter Brennelemente zur Energiegewinnung für Hunderte von Jahren – oder bis zur Durchsetzung von Fusionsreaktoren – ermöglichen.

Atomare Wertstoffe und Abfälle

Für die Endlagerung schwach- und mittelaktiver Abfälle gilt bis heute die Lagerung der Abfälle in Salzstöcken, z.B. in Gorleben, als beste Lösung, weil nur dort ein hydrologisch sicherer Abschluss gewährleistet ist. Bayern besitzt keine vergleichbaren Salzlagerstätten. Für mit aktueller Technik verbrauchte Brennstoffreste bietet sich eine oberirdische Lagerung in Gorleben oder an Kraftwerkstandorten an. Bei unterirdischer Lagerung muss die Rückholbarkeit unbedingt sichergestellt sein, um zukünftig neue Brennstoffe daraus zu gewinnen und gleichzeitig die Abfallmenge auf ein Minimum zu reduzieren.

Klima ist das 30-Jahres-Mittel von Wetter

Unter dem Schlagwort „Klimapolitik“ werden immer weitere Bereiche des Lebens und der Wirtschaft von oben herab ideologisch gelenkt. Aus Sicht der AfD ist das weder gerechtfertigt noch akzeptabel. Das Klima hat sich in der Erdgeschichte immer geändert; ein Wunschklima zu definieren, ist vermessen. Das Weltklima hängt nicht allein vom CO₂ ab, welches zu 97 Prozent natürlichen Ursprungs ist und nur zu 3 Prozent vom Menschen freigesetzt wird. Der deutsche Anteil daran beträgt weniger als 2 Prozent bzw. 0,06 Prozent von der Gesamtmenge. Daher kann das Klima nicht von Deutschland oder Bayern aus verändert werden.

Abhängigkeit von importierten fossilen Energieträgern reduzieren – aber mit Verstand!

Bayerns Industrie und Privathaushalte nutzen fossile Brennstoffe im weltweiten Vergleich bereits außerordentlich effizient. Die AfD wird nicht zulassen, dass der Lebensstandard unserer Bürger und die Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft durch realitätsferne politische Entscheidungen und Vorschriften ruiniert werden. Das Ziel muss eine grundlastfähige, diversifizierte Energieversorgung sein. Die dem Umwelt- und Heimatschutz verpflichtete AfD befürwortet einen effizienten Umgang mit Ressourcen und den Schutz unserer Lebensräume durch den Einsatz modernster Technologie.

Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) ersatzlos streichen

Für neu zu bauende Anlagen wollen wir die Förderung durch das EEG abschaffen, weil es unwirtschaftliche Technologien unterstützt und eine unsoziale finanzielle Umverteilung bewirkt. Bestehende Verträge mit Anlagenbetreibern müssen eingehalten werden. Die AfD will Wälder und Naturschutzgebiete von EE-Anlagen freihalten und Vorrangflächen für Windenergieanlagen nur mit Zustimmung der betroffenen Bürger ausweisen. Die bayerische 10H-Regelung für den Abstand von Windrädern zu Siedlungen muss bestehen bleiben. Vorgaben des Bundes und der EU zum Ausbau von Windkraft- und Solaranlagen wird die AfD zum Schutz der Bürger und der Umwelt so restriktiv wie möglich auslegen.

Umweltfeindliche und ineffiziente Wind- und Solarkraft

Verglichen mit Küstenregionen oder südlicher gelegenen Ländern ist der Freistaat Bayern naturgemäß ein ungünstiger Standort für Solar- und Windkraft. Trotzdem werden im Freistaat zunehmend Waldflächen für Windkraft gerodet, Ackerflächen zweckentfremdet und historische Bauten durch Solarzellen ihres Charmes beraubt. Darüber hinaus verschandeln Windindustrieanlagen unsere schöne bayerische Landschaft zum Nachteil der Bevölkerung und des Tourismus. Des Weiteren schaden sie den Beständen vieler Tierarten enorm und tragen zur Austrocknung der Böden bei. Bayern war stets ein Importland für Energie und Energieträger und wird dies auch bleiben. Die AfD will die Infrastruktur für den diversifizierten Energieimport ausbauen. Unsere Nachbarn planen, anders als Deutschland, bereits den Bau von Kernkraftwerken u.a. für den Stromexport.

Infrastruktur ans Klima anpassen, nicht umgekehrt

Aufgrund der Energiewende konnte im Jahr 2021 Strom im Wert von über 800 Mio. Euro nicht in das Netz eingespeist werden. Wir setzen uns für den beschleunigten Ausbau der Stromtrassen, unter Berücksichtigung der Interessen von Anwohnern und Naturschutz, vom windreichen Norden in den windarmen Süden ein. Die AfD spricht sich zudem für den zügigen Ausbau des Hochwasserschutzes und von Abwasserleitungsnetzen aus, z.B. durch die Erstellung von Starkregenkonzepten auf kommunaler Ebene. Neue Trinkwasserreserven sind zu erschließen, Land- und Forstwirtschaft an die sich ändernden Klimabedingungen anzupassen. Investitionen in robuste Infrastrukturen haben für die AfD Vorrang vor dem Bau weiterer Windräder.

Versorgungssicherheit und Effizienz durch Kraftwärmekopplung

Die Abschaltung grundlastfähiger Kraftwerke zugunsten unzuverlässiger Wind- und Solarkraft gefährdet die Versorgungssicherheit in Bayern, solange es keine geeigneten Großspeicher gibt. Die Gefahr eines großflächigen Stromausfalls mit unabsehbaren Auswirkungen nimmt dadurch zu. Günstige Stromversorgung und Versorgungssicherheit müssen Vorrang vor jeglichen CO₂-Einsparzielen haben. Zudem versorgen konventionelle Kraftwerke derzeit tausende Haushalte mit Fernwärme und stellen eine Momentanreserve für die Netzstabilität bereit. Unser wichtigstes energiepolitisches Ziel ist eine stabile, sichere und preiswerte Strom- und Wärmeversorgung.

Wasserstofftechnologie als Forschungsprojekt

Elementarer Wasserstoff (H₂) ist ein chemischer Grundstoff und Energieträger. Er wird derzeit aus wirtschaftlichen Gründen fast ausschließlich aus Erdgas gewonnen, kann aber auch durch Elektrolyse oder thermische Spaltung von Wasser hergestellt werden. Grundsätzlich stehen wir einer Wasserstoffwirtschaft offen gegenüber. Aktuell ist sie jedoch zu teuer, zu gefährlich und zu ineffizient. Sie wird lediglich zur Verschleierung der gescheiterten Energiewende mit viel Steuergeld subventioniert. Als AfD sehen wir die H₂-Technologie noch im Stadium der Forschung und Entwicklung für zukünftige Anwendungen, die wir fördern wollen. Großes Potenzial hat H₂ bei der Herstellung synthetischer Kraftstoffe.

Strom aus Geothermie nur bei Nah- und Fernwärmenutzung

Mit Tiefengeothermie kann im südbayerischen Malmaquifer Wärme zur Versorgung der näheren Umgebung umweltschonend vor Ort und unabhängig von den Weltmärkten gewonnen werden. Die Nutzung der Erdwärme zum Zwecke der Stromerzeugung in „Organic Rankine Cycle“ (ORC)-Anlagen, die Turbinen mit niedrig siedendem organischem Dampf statt mit Wasserdampf antreiben, ist mit einem Wirkungsgrad von deutlich unter 20 Prozent zu ineffizient. Dies soll nur dann ermöglicht werden, wenn am Standort Bedarf an Nah- oder Fernwärme besteht. Die Errichtung von ORC-Anlagen „auf der grünen Wiese“ ohne realistische Möglichkeit der Abwärmenutzung muss unterlassen werden. Ausgehend von der Versorgung des Ballungsraumes München will die AfD die Erschließung des ländlichen Raumes für Fern- und Nahwärme fördern.

Fracking ist in Bayern nicht möglich

In „nicht-konventionellen Lagerstätten“ ist Erdgas in einem dichten Gesteinsverband immobil eingelagert und kann ohne zusätzliche technische Maßnahmen (Fracking) nicht gewonnen werden. Die in Norddeutschland vorhandenen Schiefergaslagerstätten können durch Fracking erschlossen werden. Derartige unkonventionelle Lagerstätten gibt es in Bayern nicht. Die Förderung von Erdgas aus konventionellen Gaslagerstätten in Bayern ist seit einigen Jahren mit der Stilllegung der letzten Gasfelder zum Erliegen gekommen, da die Gasinhalte entweder ausgefördert sind oder schädliche Inhaltsstoffe beinhalten, die eine aufwändige Gasreinigung erfordern, was die Förderung insgesamt unwirtschaftlich macht.

Für Mittelstand und soziale Marktwirtschaft

CSU, Freie Wähler, FPD, SPD und Grünen bilden auch in Bayern ein politisches Machtkartell mit Ziel, eine ökosozialistische Planwirtschaft zu errichten. Die AfD ist die einzige Partei, die noch für die bewährte Soziale Marktwirtschaft einsteht und ernsthaft die Interessen des bayerischen Mittelstands und der heimischen Industrie vertritt. Wir wollen alle Leistungsträger – ob Arbeiter, Angestellte, Solo-Selbständige oder Familienunternehmer – von überflüssiger Bürokratie befreien, Innovationen und Wettbewerb fördern und die unternehmerischen Rahmenbedingungen verbessern. Bayern muss als Industrie- und Wirtschaftsstandort wieder attraktiv werden!

Bürokratieabschaffung statt Bürokratieabbau

Immer mehr unnötiger „Papierkram“ und Bürokratielasten ersticken das Arbeitsleben und jeden unternehmerischen Eifer. Die AfD will alle Leistungsträger, Unternehmen und ihre Mitarbeiter von den zahllosen „Bürokratiemonstern“ aus Brüssel, Berlin und München entlasten. Daher fordern wir die Befreiung der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) von der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) sowie deren Entschärfung für mittelgroße Unternehmen. Weitere Ziele sind die Abschaffung des Lieferkettengesetzes, die Verhinderung des CO₂-Grenzausgleichsmechanismus, die Entschärfung des Hinweisgeberschutzgesetzes und des Nachweisgesetzes. „Pandemiebedingte“ Freiheitseinschränkungen darf es nie wieder geben! Die Verwaltung ist zu digitalisieren; sämtliche Anträge müssen digital eingereicht werden können. Wenn neue Gesetze eingeführt werden, sind dafür alte aufzuheben („1 for 2“). Frauen- und Migranten-Quoten sind inakzeptabel und abzuschaffen. Die Umsetzung der EU-Taxonomie sollte beendet, und von den Unternehmen dürfen keine verpflichtenden „Nachhaltigkeitsrechnungsberichte“ verlangt werden. Insbesondere für KMU fordern wir die Vereinheitlichung von Schwellenwerten, die Ausweitung von Kleinunternehmerregelungen, die Reduzierung der Aufbewahrungsfristen und die Abschaffung der Kassenbon-Pflicht.

Für ein bayerisches Ladenschlussgesetz

Bayern wendet immer noch das völlig veraltete Ladenschlussgesetz des Bundes von 2003 an. Die AfD will dies mit einem eigenen bayerischen Ladenschlussgesetz ändern, das zu den Lebensrealitäten der Bürger passt und Arbeitnehmer schützt. Verkaufsstellen sollen künftig regulär bis 22 Uhr öffnen dürfen, sofern Arbeitgeber und Arbeitnehmer dies wünschen. Weitergehende Ausnahmeregelungen, z.B. für Bahnhöfe, sind zu ermöglichen. Unsere Innenstädte möchten wir durch ein einfacheres Genehmigungsverfahren für verkaufsoffene Sonntage stärken. Das grundsätzliche Verbot der Ladenöffnung am Sonntag möchten wir jedoch beibehalten, damit weiterhin ein Ruhetag gegeben ist.

Zurück zu Innovation, Industrie und Hightech!

Wir wollen Bayern als führenden Standort für Innovation, Industrie und Hightech wieder attraktiv machen. Um dieses Ziel zu erreichen, fordern wir die Schaffung von Industrieclustern mit attraktiven Sonderregelungen in den Bereichen Halbleiter, KI, Robotik, Luft- und Raumfahrt. Die ideologisch und politisch motivierte Verknappung von Energie und Ressourcen zum Nachteil der heimischen Wirtschaft muss beendet und die Wettbewerbskontrolle verschärft werden. Eine Existenzgründung muss innerhalb eines Tages möglich sein. Außerdem muss ein ideologiefreier Zugang zu Wagniskapital für Unternehmensgründungen erleichtert werden. Darüber hinaus ist die bayerische Automobil- und Chemieindustrie von ideologischen Vorgaben zu entlasten und die Rückverlagerung von Produktionsstätten nach Bayern zu unterstützen.

Die bayerische Automobilindustrie erhalten und alle modernen Antriebstechnologien zulassen

Die AfD erkennt die immense strategische Bedeutung der Automobil- und Zulieferindustrie für das Automobilland Bayern sowie für ganz Deutschland. Wir wollen auch die vielen Arbeitsplätze und Unternehmen erhalten, die vom Fortbestand des Verbrennungsmotors abhängen. Aus Sicht der AfD muss der Bürger eine freie Wahl bei der Mobilität haben. Die zukünftigen Antriebsformen für Kraftfahrzeuge sollen vom Markt und nicht von der Politik bestimmt werden. Statt Elektromobilität einseitig zu fördern, müssen auch die Schattenseiten der Batterieproduktion aufgrund von damit einhergehendem Raubbau und Umweltzerstörung anerkannt werden. In Zeiten großen Strommangels ist eine vollständige Umstellung auf E-Mobilität ohnehin unmöglich. Für den Kfz-Antrieb der Zukunft müssen auch synthetische Kraftstoffe in die Planungen einbezogen werden.

Eine starke Informations- und Telekommunikationsindustrie für Bayern

Unsere IT-Industrie hat in vielen Bereichen den Anschluss an die weltweite Spitze verloren. Wir fordern deshalb für Bayern Investitionen in branchenbezogenen Technologieparks und Gründerzentren. Im Zuge von Industrie 4.0 findet eine durchgängige Digitalisierung aller Berufsfelder statt. Dafür müssen Infrastruktur, Wissen und Ausbildung bereitstehen, die den hohen Ansprüchen genügen. Innovative bayerische Firmen der Bereiche Software und Digitaltechnik sowie Unternehmen der Halbleiterindustrie gehören zur kritischen Infrastruktur und dürfen nicht ins Ausland verkauft werden.

Erhalt einer leistungsfähigen wehrtechnischen Industrie in Bayern

Im Freistaat sind ca. 70 wehrtechnische Unternehmen angesiedelt. Darunter befinden sich sowohl einige große, weltweit agierende Konzerne als auch zahlreiche kleinere mittelständische Zulieferbetriebe. Damit ist rund ein Drittel der deutschen wehrtechnischen Industrie in Bayern angesiedelt. Vor dem Hintergrund eines sich rapide verändernden globalen Umfelds der Sicherheitspolitik fordert die AfD den Erhalt und Ausbau einer leistungsfähigen wehrtechnischen Industrie in Bayern, um die Bundeswehr mit modernen, leistungsfähigen militärischen Geräten und Abwehrsystemen auszustatten.

Heimisches Gastgewerbe entlasten!

Bayern ist ohne seine traditionsreiche Wirtshaus- und Gastgewerbekultur nicht vorstellbar. Leider haben die staatlich verordneten Corona-Beschränkungen, die Energiewende und die Inflation viele Restaurants und Kneipen an den Rand des Ruins gebracht. Die AfD will die heimische Gastronomie und Hotellerie unterstützen, weil diese Branchen zu unserem kulturellen Erbe gehören und wichtige Segmente des Mittelstands darstellen. Wir fordern eine dauerhaft reduzierte Mehrwertsteuer für Lebensmittel und Getränke in der Gastronomie und einen Abbau bürokratischer Vorschriften wie beispielsweise der Kassenbonnpflicht. Bei allen Regelungen ist den betrieblichen Besonderheiten Rechnung zu tragen.

Digitales

Bayern Digital

Die Digitalisierung durchdringt und verändert alle gesellschaftlichen Bereiche. Als freiheitliche Partei wendet sich die AfD gegen jede Nutzung der Digitalisierung zur Überwachung der Bürger oder gar zur Schaffung totalitärer Strukturen. Die AfD fordert die vollständige Umsetzung rechtsstaatlicher Prinzipien im Bereich der Digitalisierung, insbesondere im Internet, in sozialen Medien und Online-Plattformen. Als zukunftsorientierte und technologieoffene Partei befördert die AfD die Digitalisierung und deren Weiterentwicklung am Industriestandort Deutschland mit den Schwerpunkten Industrie 4.0, digitale Verwaltung und Künstliche Intelligenz. Deutschland muss eine führende Rolle in diesen Bereichen einnehmen. Zuverlässigkeit und Ausfallsicherheit dürfen nicht vernachlässigt werden und sind auch durch staatliche Vorkehrungen zu gewährleisten. Die Einführung eines digitalen Euro lehnen wir ab.

Digitale Infrastruktur und Netzausbau

Wir fordern, den kabelgebundenen Breitbandausbau in Bayern endlich flächendeckend abzuschließen und dabei bevorzugt Glasfaser zu verwenden. Die Mobilfunkversorgung muss in ländlichen Regionen, insbesondere an Bahnstrecken und Hauptverkehrsstraßen, sichergestellt werden. Flächenabdeckung hat Vorrang vor Breitband. Die bei dem Ausbau der digitalen Infrastruktur benötigte Hardware muss von staatlich zertifizierten, zuverlässigen Anbietern stammen, um Unabhängigkeit und Souveränität zu gewährleisten. Grundvoraussetzung einer leistungsfähigen digitalen Infrastruktur ist eine unterbrechungsfreie Stromversorgung, die derzeit durch die Energiewende hochgradig gefährdet ist.

Digital und sicher

Aus der fortschreitenden Digitalisierung folgt eine neue Verwundbarkeit von Bürgern, Industrie und Staat, die von Kriminellen, unfreundlich gesinnten Ländern oder der eigenen Regierung ausgenutzt werden kann. Um Bürger, Unternehmen und Behörden zu schützen, fordern wir eine massive Verstärkung der IT-Sicherheit. Dieses Ziel muss sich in Aus- und Weiterbildung sowie zielgerichteter Innovation widerspiegeln. Da der Faktor Mensch das größte Sicherheitsrisiko darstellt, müssen die Mitarbeiter digitaler Infrastrukturen für die Gefahren sensibilisiert und entsprechend weitergebildet werden. Die Ende-zu-Ende Verschlüsselung muss Standard in der Kommunikation werden.

Datenschutz

Die AfD steht für Datenschutz und Datensicherheit ohne ausufernde Bürokratie. Die AfD Bayern fordert die Abschaffung der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) und deren Ersatz durch ein neues, schlankes Datenschutzgesetz zur Wahrung der informationellen Selbstbestimmung der Bürger. Datenschutz darf kein Selbstzweck sein und ökonomische Entwicklungen behindern, sondern soll zielgerichtet mit den mildesten Eingriffen die berechtigten Interessen der Bürger vor dem Missbrauch

ihrer Daten schützen. Einwilligungen zur Datenverarbeitung müssen jederzeit und wirksam widerrufbar sein. Die Ende-zu-Ende-Verschlüsselung in der elektronischen Kommunikation sowie Datenschutz durch Technikgestaltung und Voreinstellungen („by design“ und „by default“) müssen gesetzlich als Standard verankert werden. Ein zentrales, bereichsübergreifendes Personenkennzeichen bei der Modernisierung der Verwaltungsregister von Bund und Ländern lehnen wir ab, da es die Erstellung von Persönlichkeitsprofilen zulässt. Dies verletzt die individuellen Freiheitsrechte der Bürger und ist damit verfassungswidrig.

Digitale Verwaltung (E-Government)

Wir fordern eine zügige Umsetzung des Online-Zugang-Gesetzes (OZG) in Bayern, um die Geschäftsprozesse der öffentlichen Verwaltung weiter zu digitalisieren. Standardisierte Schnittstellen und eine kooperative Entwicklung tragen dazu bei, Mehrfach-Entwicklungen der Städte und Gemeinden zu vermeiden, um dadurch gemeinsam die angestrebten Ziele schneller zu erreichen. Dabei muss jedoch sichergestellt sein, dass bei der Verwaltung auch in Zukunft eine niederschwellige, persönliche Kontaktaufnahme möglich bleibt. Die Verwendung von Open-Source-Software ist zu prüfen und zu fördern, soweit dies sinnvoll und anwendbar ist.

Technologie und Innovation

Kein Wohlstand ohne Technologie und hochwertige innovative Produkte

Spitzentechnologie, Zuverlässigkeit und Langlebigkeit sowie ausgezeichnete Qualität haben den guten Ruf von „Made in Germany“ begründet. Als rohstoffarmes Land müssen wir auf technologische Exzellenz setzen, um unsere Spitzenposition in der Welt zu halten bzw. zurückzugewinnen und unseren Wohlstand zu sichern. Die AfD will in Schulen, Bildungs- und Forschungseinrichtungen den Fächern Mathematik, Informatik, Natur- und Ingenieurwissenschaften einen größeren Stellenwert einräumen, das Wissens- und Leistungsniveau erhöhen, den Wettbewerb frei von Ideologie und Politik fördern und eine Kultur der Technikchancen etablieren.

Interdisziplinäres Arbeiten: Synergien nutzen

Wir fördern die disziplinübergreifende Forschung und Entwicklung sowie die Intensivierung der Kooperation zwischen Lehre, Forschung und Industrie, inklusive Gründerzentren. Die AfD sieht Automatisierung und Prozessoptimierung, Energietechnologie, Mobilität und autonome Transportsysteme, Informationstechnologie und Künstliche Intelligenz, Materialforschung und neue Werkstoffe, additive Fertigungstechniken, Luft- und Raumfahrt, Mechatronik, Kern- und Wehrtechnik, Biotechnologie, Pharmazie und Chemie aufgrund ihrer hohen gesellschaftlichen Relevanz als besondere Förderungsschwerpunkte an.

Bayerisches Geld für bayerische Innovationen

Junge Technologieunternehmen sind auf Kapital angewiesen, um ihre Entwicklungen voranzutreiben. Risikokapitalgeber sind vorrangig am Gewinn interessiert, der viel zu oft durch frühen Verkauf der Anteile an internationale Konzerne realisiert wird. Die AfD möchte vielversprechende junge Technologieunternehmen mit ihrer Innovationskraft, ihrer Wertschöpfung und ihren Arbeitsplätzen in Bayern halten. Dazu strebt die AfD einen Ausbau der Fördermöglichkeiten an, die Risikokapital im

Austausch gegen Firmenanteile zur Verfügung stellen, aber keinen Einfluss auf Unternehmensentscheidungen ausüben.

Industrie 4.0 ist Chance, nicht Risiko

Die Durchdringung der industriellen Produktion und des Dienstleistungssektors mit intelligenten und digital vernetzten Systemen und Robotern dominiert die zukünftige Entwicklung in der sogenannten „Industrie 4.0“. Wir stehen dieser Entwicklung positiv gegenüber und nehmen sie als Chance wahr, um unter den Bedingungen des demografischen Wandels mit weniger berufstätigen Menschen Wohlstand, Sozialsysteme und Infrastruktur aufrechtzuerhalten. Die AfD setzt sich dafür ein, dass Bayern eine Spitzenposition einnimmt, wichtige Industrien im Land hält und den ins Ausland abgewanderten Unternehmen Anreize zur Rückkehr bietet.

Familie

Kinder haben ein Recht auf Mutter und Vater

Wir machen uns für die Familie stark, die im Idealfall aus Vater, Mutter und Kindern besteht. Ideologisch motivierten Versuchen, die traditionelle Familie zu diskreditieren, stellen wir uns entgegen; insbesondere wollen wir den Kult um „Regenbogenfamilien“ eindämmen. Ein Adoptionsrecht für gleichgeschlechtliche Paare lehnen wir ab. Unerfüllbare Wünsche Einzelner können nicht dem Recht des Kindes auf Vater und Mutter vorgezogen werden. Das Wohl des Kindes steht für uns stets im Mittelpunkt. Kinder haben ein Recht auf beide Elternteile. Das Erlebnis von Vater und Mutter in ihrer einander ergänzenden Verschiedenheit als Mann und Frau soll ihnen nicht vorenthalten werden.

Elternrechte bewahren – Elternschaft ist kein soziales Konstrukt!

Die Pflege und Erziehung der Kinder sind gemäß Art. 6 Abs. 2 GG „das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht“. Sämtliche Bestrebungen, das sogenannte kleine Sorgerecht auf weitere Personen auszuweiten, lehnen wir ab. Elternschaft ist kein soziales Konstrukt und lässt sich nicht beliebig erweitern. Aufgrund der drohenden Aushöhlung der Elternrechte sprechen wir uns gegen die Aufnahme von „Kinderrechten“ ins Grundgesetz aus. Kinder werden durch die Grund- und Menschenrechte bereits vollumfänglich geschützt.

Mehr bayerische Kinder statt Masseneinwanderung

Seit vielen Jahren ist offenkundig, dass die von den etablierten Parteien vorangetriebene Masseneinwanderung kein geeignetes Mittel ist, um dem demografischen Wandel entgegenzuwirken. Wir möchten junge Menschen in Bayern dazu ermutigen, Familien zu gründen, und diese finanziell entlasten. Kinder sind das höchste Gut eines Volkes; sie bedeuten Zukunft, Lebenssinn und Lebensfreude. Wir treten jeder Form von Kinderfeindlichkeit entgegen.

Willkommenskultur für Kinder – Schutz des ungeborenen Lebens stärken!

Wir bekennen uns zu dem in der Werteordnung unseres Grundgesetzes verankerten Recht auf Leben und zu der auch dem ungeborenen Leben innewohnenden Menschenwürde. Allen Bestrebungen, Abtreibungen – womöglich bis kurz vor der Geburt – zu einem „Menschenrecht“ zu erklären, erteilen wir eine Absage. Ungewollt schwangere Frauen bedürfen in besonderem Maße der Hilfe und Fürsorge des Staates und der Gesellschaft, um schließlich doch Ja zum Kind sagen zu können.

Nein zu Gender-Missbrauch und Frühsexualisierung

Kinder und Jugendliche sollen unbeschwert heranwachsen. Die übergriffige und ideologisierte Frühsexualisierung in Schulen und Kitas verurteilen wir entschieden! Jede Indoktrination durch Gender-Lobbygruppen muss beendet werden. Die Verabreichung von Pubertätsblockern oder chirurgische Eingriffe an Jugendlichen, die das Gefühl äußern, innerlich dem anderen Geschlecht anzugehören, lehnen wir grundsätzlich ab. Sie müssen als schwere Körperverletzungen unter Strafe stehen. „Geschlechtsangleichende“ Eingriffe dürfen erst im Erwachsenenalter vorgenommen werden.

Echte Wahlfreiheit bei der Kinderbetreuung!

Wir fordern, dass Eltern frei von wirtschaftlichen Zwängen zwischen Eigenbetreuung und Fremdbetreuung durch Kindertagesstätten oder Tagesmütter wählen können. Die elterliche Betreuung von Kleinkindern zu Hause verdient eine gleichwertige finanzielle Unterstützung wie die Fremdbetreuung. Hierzu setzen wir uns für eine Erhöhung des Bayerischen Familiengeldes ebenso ein wie für eine steuerliche Entlastung aller berufstätigen Eltern.

Scheidungsfolgen mindern – Väterrechte stärken

Kinder brauchen Mutter und Vater, auch nach einer Trennung. Die vollständige Einbeziehung der Väter in die Erziehung muss sichergestellt werden. Beim Trennungsunterhalt wollen wir stärker auf Eigenverantwortung setzen. Ohne das Schuldprinzip wieder einzuführen, müssen schwerwiegende Verstöße gegen die eheliche Solidarität bei den Scheidungsfolgen berücksichtigt werden. Künftig sollte die Streitvermeidung im Mittelpunkt stehen; teure und nervenaufreibende Gerichtsverfahren sind möglichst zu vermeiden.

Alleinerziehende unterstützen

Wir setzen uns für die Unterstützung Alleinerziehender ein. Schicksalsschläge dürfen nicht zum sozialen Abstieg führen. Wir stellen uns jedoch gegen den Trend, „Einelternfamilien“ als normalen, fortschrittlichen oder gar erstrebenswerten Lebensentwurf zu propagieren.

Abschnitt war doppelt – siehe „Bildung“!

Bildung

Leistungsorientiertes differenziertes Bildungssystem

Viele Probleme in unserem Land lassen sich auf den Niedergang des Bildungsniveaus und einen Mangel an Bewusstsein und Wertschätzung für unsere Kultur zurückführen. Die Prinzipien der Aufklärung, insbesondere Rede- und Gedankenfreiheit, sollten wieder mehr Bedeutung erhalten. Die Menschen in unserem Land sollten in der Lage sein, selbständig zu denken und Ideologien kritisch zu hinterfragen. Auch wissenschaftliche Hypothesen haben nur vorläufige Geltung und können stets widerlegt werden. Wir wollen unsere Kinder vor politischer Indoktrination und Frühsexualisierung bewahren. Als freiheitlich-konservative Partei legen wir Wert auf die kulturellen Wurzeln und regionalen Traditionen Bayerns. Unsere Kinder sollen ein natürliches Heimatgefühl entwickeln. Wir verwahren uns gegen die Einmischung des Bundes und der EU in die Kulturhoheit der Länder und kämpfen für die Eigenständigkeit der bayerischen Bildungspolitik.

Frühkindliche Bildung

Kinder orientieren sich zunächst und vor allem an den Eltern und deren Wertvorstellungen. Die familiäre Bindung ist prägend für das gesamte Leben und die Voraussetzung für eine gelingende Entwicklung. Diese Prägung kann nicht vollkommen durch Fremdbetreuung und Schulunterricht ersetzt, sondern nur ergänzt werden. Wir wollen Eltern dabei unterstützen, ihre Kinder bis zum vierten Lebensjahr zu Hause betreuen zu können.

Viergliedriges Schulsystem

Wir möchten, dass Schüler nach ihren individuellen Fähigkeiten gefördert werden, und setzen uns daher für den Erhalt des viergliedrigen Schulsystems, bestehend aus Mittelschule, Realschule, Gymnasium und Förderschule, ein. In allen Schultypen muss das Leistungsprinzip gelten. Die Durchlässigkeit zwischen den Schularten ist eine Grundlage für die bestmögliche individuelle Förderung. Der schulische Erfolg hängt wesentlich von ausreichenden Deutschkenntnissen ab.

Gute Allgemeinbildung für alle

In allen Schularten sollen die Schüler das gesamte Bildungsspektrum in den Bereichen Naturwissenschaft und Technik, Sprache, Geschichte, Kunst, Musik, Wirtschaft und Recht kennenlernen. Dabei ist auch der Einsatz von modernen Technologien sinnvoll, darf aber nicht zum Selbstzweck werden. In der Grundschule sollte der Schwerpunkt auf gegenständlichem Begreifen und Textverständnis liegen.

Jedes Kind soll schwimmen lernen – ausgefallenen Unterricht zügig nachholen!

Die freiheitseinschränkenden Corona-Maßnahmen haben ihre Spuren hinterlassen – nicht zuletzt durch den Ausfall von Schwimmunterricht an den Schulen. Mit einem Aufholprogramm soll hier Abhilfe

geschaffen werden. Um den ausgefallenen Unterricht zu kompensieren, sollten Schwimmlehrer die Lehrkräfte unterstützen. Jedes Schulkind soll zum Ende der Grundschulzeit schwimmen können. Hierbei sind für Anfänger optimale Bedingungen zu gewährleisten.

Mehr Wertschätzung für Ausbildungsberufe und Selbständigkeit

Wir treten für eine höhere Wertschätzung von Ausbildungsberufen in der Gesellschaft ein. Dies dient der bestmöglichen beruflichen Entwicklung der Schüler und der Sicherung des großen Fachkräftebedarfs. Hierzu sind in allen Schularten die handwerklichen Begabungen junger Menschen stärker zu fördern. Die Mittelschulen sollen wieder ertüchtigt werden, die Grundlagen für eine erfolgreiche Ausbildung zu vermitteln. Der Anteil der Schüler, die auf das Gymnasium wechseln, sollte dagegen wieder auf ein sinnvolles Maß sinken.

Mehr Freiheit beim Lernen – Bildung statt Schulzwang

Die Erfahrungen der Corona-Pandemie haben gezeigt, dass Möglichkeiten geschaffen werden sollten, Bildung auch außerhalb des etablierten Schulsystems zu erlangen. Alternative Schul- und Lernformen sollten bei Nachweis des entsprechenden Leistungsfortschritts möglich sein. In allen Lernformen ist auf das soziale Miteinander zu achten.

Attraktive Unterrichtsbedingungen

Wir möchten den Beruf des Lehrers wieder attraktiver machen. Lehrer im Referendariat und Lehrer ohne Beamtenstatus sollen sichere Beschäftigungsverhältnisse ohne Unterbrechungen zwischen den Schuljahren erhalten. Der Zustand der Schulen muss wieder dem Niveau einer Bildungsnation und eines modernen Industrielandes entsprechen. Die Anschaffung und Wartung der IT-Ausstattung stellt der Freistaat sicher.

Freiheit von Forschung und Lehre

Ein wesentliches Kennzeichen einer freien und demokratischen Gesellschaft ist die Freiheit von Forschung und Lehre. Wir wollen, dass an bayerischen Hochschulen weiterhin ergebnisoffen, sachlich-neutral und unter Einhaltung wissenschaftlicher Standards geforscht und gelehrt wird. Der Mut, eine von der herrschenden Meinung abweichende Sichtweise zu vertreten, ist der Ausgangspunkt für jeden wissenschaftlichen Fortschritt. Aus diesem Grund wünschen wir uns an den bayerischen Hochschulen innovatives Denken und wieder mehr wissenschaftlichen Freigeist.

Ideologiefreiheit an den Hochschulen

Wissenschaftsfreiheit ermöglicht an den Hochschulen Gegenpositionen zum herrschenden Zeitgeist. Wenn indessen andersdenkende Wissenschaftler bei ihren Lehrveranstaltungen behindert werden oder gar um ihre Karriere fürchten müssen, dann ist die Freiheit der Wissenschaft akut gefährdet. Auch der Einfluss der ideologisierten und politisierten „Klimaforschung“ sowie der pseudowissenschaftlichen Gender-Ideologie an den Hochschulen ist besorgniserregend. Die AfD tritt dafür ein, insbesondere die MINT-Fächer und traditionelle Studiengänge zu fördern; Lehrstühle für „Genderforschung“ sind jedoch überflüssig. Wir wollen die Universitäten und Hochschulen mit einer soliden staatlichen Grundfinanzierung ausstatten, ohne diese an ideologische Vorgaben zu binden. Keinesfalls darf jemand diskriminiert werden, weil er keine „Gendersprache“ verwendet.

Deutsch als Wissenschaftssprache

Wir wollen die deutsche Sprache mit ihren präzisen Ausdrucksmöglichkeiten als Wissenschaftssprache an bayerischen Hochschulen erhalten und lehnen rein englischsprachige Studiengänge ab. Gleichwohl erkennen wir die Bedeutung des Englischen als globale Wissenschaftssprache an und treten dafür ein, die Fremdsprachenkompetenz deutscher Studenten und Akademiker durch ein umfassendes und vielfältiges Lehrangebot zu fördern.

Abhängigkeit von Drittmittelgebern verringern

Auch wenn die Drittmittelfinanzierung einen wichtigen Baustein für den Wissenschaftsstandort darstellt, muss die Unabhängigkeit der Forschung gewahrt bleiben. Der Finanzierung von rein ideologiegetriebenen Forschungsprojekten möchten wir Einhalt gebieten. Wir fordern Transparenz bei Forschungsvorhaben, die mit eingeworbenen Forschungsgeldern finanziert werden. Ziele und Nutzbarmachung der Arbeitsergebnisse drittmittelfinanzierter Forschung sowie die Verwendung staatlicher Gelder für privatwirtschaftliche Zwecke müssen für den Steuerzahler stets nachvollziehbar sein.

Rückkehr zum bewährten Hochschulsystem

Deutschlands Hochschulsystem besaß vor der Bologna-Reform einen ausgezeichneten Ruf in aller Welt. Wir wollen an die große Tradition deutscher Wissenschaft wieder anknüpfen. Daher sind Diplom- und Magisterabschlüsse wieder einzuführen, und das Staatsexamen ist beizubehalten. Bachelor- und Masterstudiengänge sollten hingegen auslaufen. Während Fachhochschulen ihren Schwerpunkt auf anwendungsbezogene Forschung und Lehre legen, möchten wir an den Universitäten einen umfassenderen wissenschaftlichen Schwerpunkt bewahren und ihnen das ausschließliche Promotionsrecht vorbehalten. Absolventen der Fachhochschulen mit besonderer wissenschaftlicher Eignung soll die Promotion an einer bayerischen Universität jedoch offenstehen. Hochschulen müssen ihre Studenten anhand eigener Kriterien auswählen dürfen.

Juristische Ausbildung in Bayern und Deutschland: Zukunft für den freiheitlichen Rechtsstaat

Die AfD plädiert für eine intensive und methodenbasierte Auseinandersetzung des juristischen Nachwuchses mit dem Recht. Sie tritt nachdrücklich Freiheitsbeschränkungen und ideologischen Zwängen gegenüber Studenten und Dozenten entgegen. Vielmehr sind Wissensvermittlung und Befähigung zu anspruchsvoller Leistung unter Berücksichtigung der Vergleichbarkeit in das Zentrum der Lehre zu stellen. Der bewusste Umgang mit der deutschen Sprache und digitale Kompetenzen in der juristischen Ausbildung bilden die Basis für einen zukunftsfähigen Rechtsstaat.

Bessere Bedingungen für Hochschulmitarbeiter

Das Niveau von Forschung und Lehre ist abhängig von Motivation und Leistungsfähigkeit des wissenschaftlichen Personals und des Nachwuchses. Dafür ist es nicht nur notwendig, bestmögliche Bedingungen für die Lehrstuhlinhaber zu gewährleisten, sondern auch dem akademischen Mittelbau sichere und akzeptable Arbeitsbedingungen zu ermöglichen. Quoten jeder Art, die beispielsweise mit dem Geschlecht, der „Gender“-Identität oder einem Migrationshintergrund verbunden werden, lehnen wir ab, da sie eine Beschränkung der Berufsfreiheit und eine unzulässige Ungleichbehandlung darstellen.

Heimat und Kultur

Freude am Eigenen

Die AfD steht für ein positives, bejahendes Verhältnis zur eigenen Kultur. Die Liebe zur Heimat und zum eigenen Volk ist aus unserer Sicht Voraussetzung für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Nur wer die Geschichte seines Heimatlandes in ihren Höhen und Tiefen kennt und sich der Leistungen seiner Vorfahren wie auch historischer Schattenseiten bewusst ist, kann eine gesunde Identität entwickeln und die eigene Kultur an nachfolgende Generationen weitergeben.

Bayerns Schönheit bewahren

Bayern muss Bayern bleiben – und dabei wollen wir Bayerns Bürger aktiv mit einbeziehen. Wir möchten junge Menschen an regionale Bräuche und Traditionen heranzuführen und eine lebendige Volkskultur pflegen. Die bayerische Kulturlandschaft wollen wir vor Zerstörungen durch Windräder, Solarparks und eine gesichtslose Architektur bewahren. Wir schützen unsere bayerischen Ortsbilder und setzen uns für eine regionale Baukultur ein. Dazu gehören weiträumige Bebauungspläne, die Rücksicht auf die Schönheit der Dörfer und Städte nehmen. Bei öffentlichen Ausschreibungen wollen wir feste Kriterien für den identitätsstiftenden Städtebau vorgeben. Der zunehmenden Zerstörung der Denkmäler und der historisch wertvollen Bausubstanz werden wir Einhalt gebieten und die Eigentümer stärker als bisher einbeziehen. Außerdem wollen wir das Leben in denkmalgeschützten Gebäuden wieder attraktiv machen und entsprechende Förderungen sowie Beratungsangebote für den Denkmalschutz stark ausbauen. Eine Aufweichung des Denkmalschutzes im Namen des „Klimaschutzes“ (z.B. durch Photovoltaik und Fassadendämmung an historischen Gebäuden) lehnen wir ab. Heimatpfleger und Kreisbaumeister müssen besser qualifiziert und in ihrer Rolle gestärkt werden. Minarette hingegen gehören als Herrschaftszeichen einer totalitären Ideologie nicht nach Bayern. Sie zerstören als kulturelle Fremdkörper unsere bayerische Kulturlandschaft.

Für die Freiheit der Kunst

Wir kämpfen für die Freiheit von Kunst und Kultur. Einer einseitigen Politisierung der Kunst, wie sie in Bayern aktuell zu erleben ist, stehen wir kritisch gegenüber. Gleichzeitig wenden wir uns als Freiheitspartei gegen jede Form von Zensur und Cancel Culture. Wir stehen für eine freiheitliche und für alle Strömungen offene Kunstszene. Der Einengung des kulturellen Diskurses auf internationale Formensprachen stellen wir eine Förderung kultureller Eigenheiten entgegen. Die in der Bayerischen Verfassung verankerten Prinzipien des Wahren, Guten und Schönen sind für uns ein Ansporn, die Bedingungen für einen kulturellen Aufbruch zu schaffen, den unsere geistig und kulturell erschütterte Nation dringend nötig hat. Der Bedrohung von Kunstschatzen in bayerischen Museen durch militante Extremisten und internationale Diebesbanden werden wir mit höheren Schutzmaßnahmen begegnen, zu der auch eine Besserstellung des Museumspersonals zählt.

Schutz der deutschen Sprache

Die deutsche Sprache als hoch entwickelte Kultursprache und ihre in Bayern gesprochenen bairischen, fränkischen und schwäbischen Dialekte sind die Grundlage der kulturellen Identität Bayerns. Deutsch soll als allein gültige Landessprache und Amtssprache geschützt, gepflegt und gefördert werden. Wir fordern, dass Deutsch als Amts- und Landessprache in der Bayerischen Verfassung fest verankert wird. Die Verwendung der sogenannten Gendersprache in Behörden und öffentlich-rechtlichen Medien wollen wir unterbinden.

Stärkung des Vereinslebens und des Brauchtums

In den letzten Jahren leidet das Vereinsleben unter ausufernder Bürokratie und zahllosen überflüssigen Vorgaben. Die Auflagen für Vereinsfeste müssen deutlich reduziert werden und wieder vernünftigen, praktikablen Maßstäben entsprechen. Die Bürokratie im Vereinswesen muss auf ein Minimum beschränkt werden, um den Fokus des Vereinslebens auf das gesellschaftliche Miteinander zu lenken. Das bayerische Brauchtum ist deutlich zu fördern. So setzen wir uns beispielsweise dafür ein, dass urbayerische Kartenspiele nicht kriminalisiert werden, wenn sie als ehrenamtlich veranstaltete Turniere mit angemessenen Geld- oder Sachleistungspreisen durchgeführt werden.

Unseren Lebensgrundlagen wieder Wertschätzung geben

Die Landwirtschaft erwirtschaftet aus heimischen Fluren die Grundlagen unserer Ernährung. Mit einem klaren Bekenntnis zur kleinbäuerlichen Landwirtschaft setzen wir auf die Qualität unserer erzeugten Lebensmittel statt kapitalorientierter Massenproduktion. Damit schaffen wir Freiräume für die Landwirtschaft, um diese Qualität liefern zu können und sich auf ihre Kernaufgabe, nämlich die Lebensmittelproduktion, zu konzentrieren. Unsere Wertschätzung gilt allen Teilen des primären Sektors – von der Alm mit Weidevieh bis zur Zanderzucht!

Umwelt und Landwirtschaft in Einklang bringen – Verbraucher schützen

Die AfD sucht nach intelligenten Lösungen, die effizienter wirken als Verbote. Ökologie und Ökonomie sollen nicht miteinander im Widerspruch stehen. Schließlich haben technischer Fortschritt und Marktwirtschaft Umweltbelastungen reduziert, nicht Verzicht und Rückschritt. Die Entmündigung von Landwirten und Verbrauchern durch immer mehr Verordnungen muss ein Ende finden. Entscheidungen müssen auf der Grundlage rationaler Faktenanalysen statt ideologischen Wunschdenkens getroffen werden.

EU-Abhängigkeit vermindern – Agrarpolitik renationalisieren

Wir wollen die Zuständigkeit für die Agrarpolitik wieder der Verantwortung der Mitgliedsländer übergeben. Innerhalb Deutschlands muss Landwirtschaft Ländersache werden. Der Umweg, die Landwirtschaftspolitik über die EU zu finanzieren, ist umständlich, teuer und widerspricht dem Grundsatz der Subsidiarität. Auch werden unsere heimischen Interessen dabei kaum noch berücksichtigt. Landwirte in anderen Ländern sollen nicht mit deutschem Steuergeld subventioniert werden.

Selbstversorgungsgrad erhöhen – Innovationen fördern

Die AfD will den in der jüngeren Vergangenheit verlorenen Grad an Selbstversorgung bei Grundnahrungsmitteln wieder dauerhaft erhöhen. Wir wollen wichtige Wertschöpfungsketten vollständig im Land behalten und auch Überschüsse auf den Weltmarkt exportieren. Innovationen im Gartenbau und in der Landwirtschaft stehen wir offen gegenüber, sofern die Interessen des Umwelt- und Verbraucherschutzes dadurch gewahrt und gesteigert werden.

Bauernland in Bauernhand – die ganze Bandbreite soll es sein

Die AfD lehnt es ab, konventionellen und ökologischen Anbau gegeneinander auszuspielen. Wir wollen im Pflanzenschutz bewährte Standards erhalten und den bürokratischen Einfluss der EU zurückdrängen. Nahrungsmittelerzeugung geht vor Energieerzeugung. Landwirtschaftliche Flächen sind kein Spekulationsobjekt für Geldanleger. Die AfD fordert einen gesunden Wettbewerb von ökologischem und konventionellem Landbau – ohne eine ideologisch verordnete Zielquote.

Jagd-, Forst- und Fischwirtschaft als Partner von Wald- und Naturschutz fördern

Der Wald mit seinen vielfältigen gesellschaftlichen und kulturellen Dimensionen muss geschützt und erhalten werden. Dabei darf der private Waldbesitz gegenüber dem Staatswald nicht benachteiligt werden. Wir setzen uns für einen „Wald mit Wild“ ein. Die AfD schätzt den Einsatz unserer Förster und Jäger mit ihrer Arbeit in Wald und Flur und dem damit verbundenen wertvollen Beitrag zum Umwelt- und Naturschutz. Die AfD möchte die Fischerei unterstützen und erhalten. Fischräuber, wie der Fischotter, sollen bei starker Populationsdichte entnommen werden können. Die Durchgängigkeit aller Fließgewässer soll sichergestellt sein.

Umwelt- und Verbraucherschutz

Bayerische Spitzenqualität

Der Verbraucher muss sich bei der Sicherheit von Gütern und Lebensmitteln stets auf Qualität und Hygiene verlassen können. Der Schutz der Verbraucher ist kein Luxusgut, das anderen Politikfeldern nachgeordnet sein darf. Er ist eine umfassende Aufgabe für eine ganze Reihe von politischen Sektoren. Die AfD versteht Verbraucherpolitik und Verbraucherschutz nicht allein und noch nicht einmal vorrangig als Staatsaufgabe, sondern als gemeinsame Aufgabe staatlicher und gesellschaftlicher Akteure.

Verbraucherrechte stärken und umsetzen

Die AfD fordert eine stärkere Stellung von Verbrauchern gegenüber der Lebensmittelindustrie. Die anerkannten Verbraucherverbände und Verbraucherzentralen leisten hierzu ihren Beitrag. In den Schulen soll die Verbraucherbildung mehr Gewicht bekommen. Eine Aufweichung der geltenden Standards, zum Beispiel durch einseitig ausgehandelte Freihandelsabkommen, lehnt die AfD ab. Auch bei importierten Lebensmitteln müssen die Verbraucher auf die Sicherheit und die Einhaltung der Standards vertrauen können.

Tierwohl und Tierschutz konsequent durchsetzen

Bei Tiertransporten, die zu Schlachtungszwecken erfolgen, soll der nächstgelegene Schlachthof genutzt werden müssen. Regionale Schlachthöfe, die den Anforderungen des Tierschutzes und der tierseuchenrechtlichen Bestimmungen gerecht werden, sind deshalb zu fördern. Missstände bei Tiertransporten müssen energisch, auch grenzübergreifend, abgestellt werden. Die Förderung regionaler Schlachtung ist dazu ein Mittel. Das Schächten lehnen wir grundsätzlich ab.

Eingewanderte Arten und Wölfe beschränken

Wir fordern eine realistische Bewertung der Wolfbestände und ein effektives Wolfsmanagement. Im Schadensfall sind angemessene Hilfen zur Entschädigung für die Betroffenen unbürokratisch zu leisten. Jagdpächter, Förster und Weidetierhalter mit entsprechender Ausbildung müssen bei der Kontrolle, Reduzierung oder Vergrämung mit einbezogen werden. Deshalb fordert die AfD, die Entnahme von Wölfen unbürokratisch und schnell zu ermöglichen. Neu eingewanderte Arten sollen wieder zurückgedrängt werden.

Nitratbelastung des Grundwassers verringern

Der Nitratreintrag in unser Grundwasser ist ein Problem, an dem viele Faktoren beteiligt sind, darunter Landwirtschaft, Gewerbe, Industrie und Kanalisation. Das Problem auf die Landwirtschaft allein abzuwälzen, ist aus Sicht der AfD nicht zielführend. Wir werden es auf rein wissenschaftlicher Basis angehen. Das Netz der Nitratmessstellen ist zu optimieren. Sauberes Trinkwasser ist eine Lebensgrundlage und muss im Rahmen der Daseinsvorsorge in staatlicher Hand bleiben.

Umweltschutz nicht der Windindustrie opfern

Windenergieanlagen sind ein verhängnisvoller Irrweg. Im Betrieb sind Windkraftanlagen eine der wesentlichen Ursachen für die Dezimierung insbesondere unserer Greifvogelbestände. Sie töten jährlich Tausende streng geschützte Fledermäuse, vernichten Milliarden Insekten jedes Jahr und verschärfen so deren dramatischen Rückgang. Hinzu kommt noch die Verschandelung des Landschaftsbildes durch Windparks. Das Abholzen von Waldflächen zur Errichtung von Windkraftanlagen lehnt die AfD entschieden ab.

Gesundheit in Freiheit und Selbstbestimmung

Die Fehlentwicklungen des deutschen Gesundheitswesens wurden spätestens in der Corona-Krise offenkundig. Das Gesundheitswesen muss dringend reformiert werden. Die Gesundheit und das Wohl des Patienten stehen für uns im Mittelpunkt. Nicht die Verwaltung von Kranken, sondern die Wiederherstellung der Gesundheit – oder zumindest die Linderung der Krankheit – ist das Ziel einer Gesundheitspolitik, die dem Menschen ein würdevolles Leben ermöglichen will. Wir sehen den Menschen ganzheitlich in seiner Umwelt. Der Patient muss frei und selbstbestimmt über seine medizinische Behandlung entscheiden können – Zwangsimpfungen und ähnliche repressive Maßnahmen lehnen wir ab. Gesundheitsschutz muss eine nationale Aufgabe bleiben und darf nicht der WHO und der EU überlassen werden.

Kliniken der Grundversorgung schützen

Die medizinische Grundversorgung der Menschen ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und muss deshalb weiterhin in den Kommunen organisiert werden. Notfallambulanzen, Geburtsstationen und grundlegende operative Versorgung müssen flächendeckend ausreichend gesichert sein. Die finanzielle Ausstattung muss sich nach dem Bedarf richten und nicht nach dem Budget. Gewinnorientierung in der Daseinsvorsorge ist abzulehnen. Medizinische Entscheidungen müssen die Ärzte treffen und nicht der ökonomische Klinikleiter.

In Kliniken investieren!

Investitionen in die Zukunftsfähigkeit insbesondere kleinerer Klinikstandorte, in die Energie- und Kosteneffizienz sowie zeitgemäße und bestmögliche Patientenversorgung müssen flächendeckend umgesetzt werden. Sachaufwandsträger öffentlicher Kliniken müssen von Defizitausgleichen befreit werden. Kostenkalkulationen im Gesundheitssystem sind ganzheitlich zu erstellen. Leistungen von Unternehmensberatungen in Kliniken sollen durch Beratungsstellen im Ministerium ersetzt werden. Managergehälter sind zu begrenzen.

Gute medizinische Versorgung in Bayern – Überall!

Medizinische Versorgung braucht Patientenorientierung und kurze Wege. Je nach Bevölkerungsentwicklung sind mehr Arztstühle zu vergeben. Das Fallpauschalensystem führt zu Fehlsteuerungen und langen Wartezeiten. Ein Strukturwechsel hin zur Einzelleistungsvergütung beseitigt Fehlanreize. Gesetzlich Versicherte sollen Einblick in die Abrechnung der Arztkosten erhalten. Das Vergabeverfahren von Medizin-Studienplätze ist zu überdenken. Empathische und begabte junge Menschen, die sich zu einer ärztlichen Tätigkeit berufen fühlen, müssen auch mit einem Numerus Clausus über 1,1 dieselben Chancen haben wie ein Top-Abiturient.

Pflege stärken – Ambulante und stationäre Pflege aufwerten

Das Pflegesystem steckt in großen Schwierigkeiten. Nicht erst seit Corona zeigen sich Defizite und Fehlentwicklungen. Überlastetes Pflegepersonal durch unzumutbare Arbeitsbedingungen, Fachkräftemangel und die demografische Situation tragen zu den Missständen bei. Die AfD fordert eine große Pflegereform. Dabei wollen wir ein verpflichtendes soziales Jahr einführen. Pflege braucht viel Zeit – sie muss sich am Bedarf der Menschen orientieren und nicht als Profitsystem verstanden werden.

Corona-Maßnahmen juristisch und wissenschaftlich aufarbeiten!

Die unverhältnismäßigen und z.T. verfassungswidrigen Maßnahmen der Bayerischen Staatsregierung in der sogenannten Corona-Pandemie haben unser Leben massiv beeinträchtigt. Das föderale System hat versagt. Eine juristische und wissenschaftliche Aufarbeitung der rechtswidrigen Politik ist dringend erforderlich! Die genbasierten mRNA-Injektionen müssen ausgesetzt und die hohe Übersterblichkeit sowie Impfschäden transparent untersucht werden. Für Impfgeschädigte sollen neutrale Anlaufstellen eingerichtet werden, die die Schäden prüfen und adäquate Therapien und Hilfen anbieten. Die Feststellung einer Pandemie darf in Zukunft nur noch nach wissenschaftlich basierten, rechtsstaatskonformen und transparenten Kriterien erfolgen.

Kein Impfzwang! – Freiheitsrechte bewahren

Nie wieder darf es eine Ausgrenzung und Diskriminierung von Menschen, die eine Impfung ablehnen, geben. Eltern müssen frei entscheiden dürfen, ob sie ihr Kind gegen Masern impfen lassen wollen. Die ohne hinreichende medizinische Evidenz eingeführte Masern-Impfpflicht ist dringend wieder rückgängig zu machen. Vor der Zulassung eines Impfstoffs soll eine evidenzbasierte Kontrollstudie durch eine unabhängige Stelle durchgeführt werden. Impfempfehlungen dürfen nur durch STIKO-Mitglieder, die von der Pharma-Industrie nachweislich unabhängig sind, getroffen werden. Die Bürger sind über die Inhaltsstoffe und deren mögliche Risiken sorgfältig aufzuklären. Die zuverlässige Meldung von Impfschäden muss konsequent eingefordert werden. Im Falle eines Impfschadens hat der Hersteller des Impfstoffes zu haften, nicht der Steuerzahler.

Digitalisierung nur unter strengen Datenschutzbestimmungen

Digitalisierung und stärkere Vernetzung sind in der Verwaltung und im Kundenservice sinnvoll. Bei umfassenden Gesundheitsdatenbanken besteht allerdings die Gefahr des Datenmissbrauchs. Sensible Gesundheitsdaten dürfen weder in Deutschland noch auf EU-Ebene in zentralen Datenbanken erfasst werden. Den Europäischen Datenraum für Gesundheitsdaten (EHDS) darf Bayern nicht unterstützen. Ein zentrales Impfregister mit einer Verknüpfung der Steuer-ID oder „Bürger.ID“ lehnen wir entschieden ab. Digitalisierung darf nicht zu mehr Überwachung oder „Social Scoring“ über das Gesundheitswesen führen. Die AfD stellt sich gegen transhumanistische Bestrebungen, den Menschen zu überwinden. Unser Maßstab ist die freie menschliche Persönlichkeit.

Gemeinwohlorientierte medizinische Forschung und Lehre in Bayern fördern

Forschung und Lehre werden zu einem erheblichen Teil aus Drittmitteln finanziert. Dies kann zu verzerrten Studienergebnissen führen und die inhaltliche Ausrichtung der Forschung beeinflussen. Die Aufgabe der Bayerischen Staatsregierung sollte die Förderung einer unabhängigen Forschung sein, die sich am Gemeinwohl orientiert. Die Grundausrüstung der Universitäten muss verbessert werden, um den Einfluss der Pharma-Industrie auf Grundlagenforschung und Lehre zu begrenzen. Auch Gebiete, die für die Industrie weniger lukrativ, aber für den Erhalt der Gesundheit der Bevölkerung wichtig sind, müssen erforscht werden. Freie wissenschaftliche Debatten müssen ohne jede Ausgrenzung abweichender Meinungen gefördert und sichergestellt werden.

Bayerische Initiative für ganzheitliche Medizin und traditionelle Naturheilkunde

Viele Patienten wünschen sich eine ganzheitliche Betrachtung ihrer Beschwerden und einen kausal orientierten Behandlungsweg. Neben einer stärkeren Gewichtung des Arzt-Patienten-Gesprächs sprechen wir uns für die Einrichtung von Lehrstühlen für ganzheitliche Medizin und Naturheilkunde sowie für entsprechende Forschungsprogramme aus. Die Erkenntnisse daraus sollen die medizinische Versorgung erweitern. Das Berufsbild des Heilpraktikers gilt es als wertvolle Ergänzung des Therapieangebotes sowie der ambulanten Infrastruktur zu erhalten.

Cannabis nur im medizinischen Bereich

Die AfD fordert eine wissenschaftliche Neubewertung der Cannabispflanze und eine neutrale Einordnung ihres Gefahrenpotentials. Der Wirkstoff von Cannabis (THC) besitzt positive Effekte, weshalb die Verwendung für medizinische Zwecke sinnvoll und förderungswürdig ist. Einer unkontrollierten Freigabe der Pflanze steht die AfD kritisch gegenüber, da der genaue Inhalt an THC und anderen Substanzen nicht geregelt und überprüft werden kann. Die AfD fordert darüber hinaus eine Überprüfung der bisherigen Strafverfolgung im Hinblick auf ihre Angemessenheit und Wirksamkeit.

Pflege durch Angehörige stärken

Jeder Mensch möchte in seiner gewohnten Umgebung, solange es geht, möglichst selbstständig und selbstbestimmt leben. Pflegende Angehörige gilt es zu entlasten. Wir fordern eine Angehörigenpflegezeit, ähnlich dem Erziehungsurlaub, mit Berufsschutz und einem finanziellen Ausgleich, der sich der Bezahlung professionellen Pflegepersonals annähert. Dem generellen Personalmangel in der Pflege ist durch grundsätzliche Reformen zu begegnen. Der Pflegeberuf muss attraktiver gemacht werden!

Prävention vor Krankheit durch Eigenverantwortung und Kompetenz

Die Gesundheit des Menschen wird durch verschiedene Faktoren beeinflusst: unter anderem durch die Genetik, Lebens- und Verhaltensweisen, sozioökonomische Bedingungen, Umweltfaktoren und die Gesundheitsversorgung. Während die Behandlung von Krankheiten in den Bereich der Medizin fällt, muss jeder Mensch mehr Kompetenz und Eigenverantwortlichkeit bei der Gesundheitsvorsorge erlangen. Entsprechende Bildung ist bereits im Kindergarten und in der Schule zu vermitteln. Gesundheit ist immer günstiger als die Heilung von Krankheit. Und vor allem ist sie ein wesentlicher Bestandteil unserer Lebensqualität.

Vorsorge und Gesundheitsschutz

Jeder Bürger kann seine individuelle Gesundheit durch seine Lebensweise und sinnvolle Voruntersuchungen selbst schützen. Jedoch ist die Gesundheit auch Umwelteinflüssen ausgesetzt, die der Einzelne nicht steuern kann. Die AfD verlangt die Novellierung und Verschärfung von Gesetzen und Verordnungen, welche die Grenzwerte toxischer Rückstände in der Umwelt regeln. Wir fordern unabhängige Forschungsprogramme zur Bewertung gesundheitlicher Risiken z.B. durch hochfrequente Handy-Strahlung!

Soziales, Arbeit und Wohnen

Für eine freiheitliche Sozialpolitik

Die AfD in Bayern versteht unter einer bürgerfreundlichen Sozialpolitik eine Politik, die den Bürgern größtmöglichen persönlichen Freiraum lässt und sie dabei unterstützt, eigenverantwortlich für ihr materielles Wohl zu sorgen.

Eigenes Heim – bezahlbar und zukunftssicher

Die AfD wird das Wohnen wieder günstig machen. Wir wollen die Baukosten senken, das bayerische Baurecht vereinfachen und die Gebäudeenergiegesetz-Vorgaben reduzieren. Für selbst genutzte Immobilien muss die Grunderwerbssteuer entfallen. Die Grundsteuer wollen wir abschaffen. Die rechtlichen Vorgaben bei Neubauten, insbesondere zur Wärmedämmung und zur Nutzung sogenannter erneuerbarer Energien, sind auf ein bauphysikalisch sinnvolles Minimum zu reduzieren. Es darf keinen Zwang zu Dämmung und energetischer Sanierung geben! Durch die Digitalisierung von Bauanträgen und Baugenehmigungen muss der bürokratische Prozess vereinfacht werden. Wir lehnen sozialistische Mietendeckel und Mietpreismismen ab. Wir fordern die Forcierung des genossenschaftlichen Wohnungsbaus und die Ankurbelung des vernachlässigten sozialen Wohnungsbaus. Für die Vermietung leerstehender Wohnimmobilien wollen wir Anreize schaffen. Der Mietkauf für den Ersterwerb einer selbstgenutzten Wohnimmobilie soll durch Bereitstellung zinsgünstiger KfW-Darlehen gefördert werden.

Wohnen gerecht fördern – Vorrang für Einheimische

Deutsche Staatsbürger dürfen beim Zugang zu Wohnraum nicht länger benachteiligt werden. Sie sind es hauptsächlich, die jeden Tag arbeiten und mit ihren Leistungen unser Land tragen. Daher fordern wir, die Verzerrungen auf dem Wohnungsmarkt infolge staatlicher Eingriffe bei der Asylbewerberunterbringung unverzüglich zu stoppen. Die Masseneinwanderung, die den Wohnraum verknappt und die Preise explodieren lässt, muss beendet werden. Bei der Vergabe von Wohnheimplätzen sollten deutsche Studenten gegenüber ausländischen Kommilitonen Vorrang haben.

Ausbau der Eigenheim-Förderprogramme der Landesbodenkreditanstalt

Die AfD Bayern tritt für den Ausbau der öffentlichen Hausbauförderprogramme über die landeseigene Landesbodenkreditanstalt ein. Angesichts steigender Finanzierungskosten muss der Traum vom Eigenheim auch als Altersvorsorge für weite Bevölkerungskreise gerade im ländlichen Raum erfüllbar bleiben und seine Verwirklichung intensiv gefördert werden.

Fachkräfte und Handwerker für Bayern

Die bisherige Fokussierung auf die akademische Ausbildung hat zu einem Überangebot an Akademikern geführt, während die Ausbildung im Handwerk ein Schattendasein führte. Infolgedessen können heute hunderttausende Stellen im Handwerk nicht qualifiziert besetzt werden. Eine neue Politik muss dem Handwerk den ihm gebührenden gesellschaftlichen Stellenwert geben. Wir verlangen daher, dass die Meisterausbildung so gefördert wird, wie es für akademische Studiengänge selbstverständlich ist.

Ja zur Gleichberechtigung – Nein zu Quoten!

Wir bekennen uns zur grundgesetzlich garantierten Gleichberechtigung von Mann und Frau. Quotenregelungen und eine verordnete „Gleichstellung“ lehnen wir als leistungsfeindlich, ungerecht und als verfassungswidrige Diskriminierung ab. Männer und Frauen haben unterschiedliche Stärken und Vorlieben, auch im Hinblick auf die Berufswahl. Wir setzen uns für eine Wertschätzung und angemessene leistungsbezogene Bezahlung in allen Berufen ein.

Bayerisches Seniorengeld

Das deutsche Rentenniveau liegt im OECD-Vergleich weit hinten. Länder wie Ungarn und Griechenland gewähren ihren Bürgern deutlich höhere Renten. Die AfD setzt sich deshalb auf Bundesebene für eine umfängliche Rentenreform ein; zusätzlich fordert die AfD die Einführung eines kapitalfondsgedeckten Bayerischen Seniorengeldes für alle Bezieher von Altersrente. Damit würde man den erhöhten Lebenshaltungskosten in Bayern entsprechen.

Bayern endlich barrierefrei machen

Wir fordern, öffentliche Plätze und Gebäude nach Möglichkeit so umzubauen, dass alle Menschen mit einer körperlichen Beeinträchtigung diese ohne Hilfe besuchen und erreichen können. Wir sorgen nach besten Kräften dafür, dass diese Menschen eigenständig ihren Alltag meistern können und nicht von unnötigen Hürden behindert werden. Für öffentliche Gebäude, die neu gebaut werden, müssen ein ebenerdiger Eingang, automatisch öffnende Türen, ein Aufzug und extra große Toiletten mit Deckenlift als Standards gelten.

Proaktiver Bürgerservice

Die AfD fordert die Einrichtung von flächendeckenden Beratungseinrichtungen für Bürger in Bayern. Fachlich geschulte Mitarbeiter beraten nach Terminabsprache vor Ort oder machen, falls notwendig, Hausbesuche. Sie nehmen proaktiv Kontakt mit Bürgern auf und informieren auf Wunsch über staatliche Leistungen in verschiedenen Lebenslagen.

Verkehr und Infrastruktur

Verkehr und Infrastruktur müssen den Menschen dienen

Die AfD spricht sich für eine an den Bedürfnissen der Bürger orientierte Verkehrspolitik aus. Eine ideologisch geleitete Verbotspolitik, die bestimmte Verkehrsmittel bevorzugt oder benachteiligt, lehnt die AfD ab. Im Vordergrund steht für uns die Freiheit der Bürger bei der Wahl des individuell günstigsten Verkehrsmittels. Die AfD erkennt den motorisierten Individualverkehr als beliebteste und mittlerweile sehr umweltfreundliche Möglichkeit der Fortbewegung an. Dieser muss bezahlbar bleiben und beim Ausbau der Infrastruktur angemessen berücksichtigt werden.

Transitverkehr bestmöglich verlagern, bayerische Straßen für bayerische Nutzer

Der Transit-Güterverkehr soll möglichst weitgehend auf die Schiene und Wasserwege verlagert werden; dazu soll auch die Lkw-Maut beitragen. Das Konzept der „rollenden Landstraße“ soll für die Transitverbindungen durch Deutschland mit regelmäßigen Taktungen etabliert werden. Das Netz an Verladestellen und multimodalen Güterverkehrszentren (Straße, Schiene und Wasserwege) ist daher zu verdichten. Die Eisenbahn-Infrastruktur muss das zusätzliche Verkehrsaufkommen zu wettbewerbsfähigen Kosten und Transportzeiten aufnehmen können.

Straßeninfrastruktur weiterentwickeln, Engpässe beseitigen, ländlichen Raum fördern

Die Straße trägt auch künftig die Hauptlast des Verkehrs. Der Freistaat Bayern muss die Straßenverbindungen im ländlichen Raum verbessern und energisch darauf dringen, dass der Bund die Lücken im Fernstraßennetz schließt – durch Fertigstellung der A94, Lückenschlüsse mit Untertunnelung beim Frankenschnellweg (A73) und beim Autobahnring A99 im Süden Münchens sowie durch den Ausbau der A8 in Richtung Salzburg. Für Lkw müssen ausreichend Parkplätze bereitstehen. Die regionale Straßenplanung muss unter Beteiligung der Bürger vor Ort erfolgen.

Öffentlichen Nah- und Fernverkehr gemeinsam mit den Bürgern verbessern

Die Bahn ist in schlechtem Zustand, insbesondere in Bayern. Es gibt großen Sanierungsbedarf, aber auch viele anstehende Aus- und Neubauvorhaben. Dabei müssen Lärmschutz und Landschaftsschutz einen hohen Stellenwert haben. Die Planung muss unter Einbeziehung der Anwohner erfolgen. Pünktlichkeit, Sicherheit und Sauberkeit sowie eine optimale Taktung von Bus- und Bahnverkehr müssen gewährleistet werden. Die AfD fordert für Bayern entscheidende Mitsprache beim geplanten Deutschland-Takt. Dieser muss für Bayern wesentliche Vorteile bringen.

Bayerische Flughäfen besser vernetzen und ihre Zukunft sichern

Die Flughäfen spielen im bayerischen Verkehrssystem eine sehr wichtige Rolle, sowohl für geschäftliche Zwecke als auch für den Tourismus. Die Zukunft der Flughäfen und Landeplätze muss gesichert und vor grüner Verbotspolitik geschützt werden. Die AfD setzt sich für Fernbahnanschlüsse der Flughäfen München und Nürnberg ein, die diese untereinander und mit anderen wichtigen Verkehrsknotenpunkten bei kurzer Fahrzeit verbinden.

Ländlicher Raum

Gutes Leben auf dem Land – Ländlichen Raum pflegen

Um gleichwertige Lebensbedingungen in ganz Bayern zu schaffen, muss das Dorfleben gefördert und die noch bestehenden kleinen Läden erhalten bleiben. Bäckereien und Metzgereien, Dorf- und Hofläden wollen wir durch Entlastungen bei Steuern und Abgaben sowie den Abbau von bürokratischen Auflagen unterstützen. Wir fordern außerdem ein Sonderprogramm zur Unterstützung von kleineren und mittleren Gaststätten inklusive Mischbetrieben in Gemeinden bis zu 6.000 Einwohnern. Grundschulen und Kindergärten sind auch bei vorübergehend sinkender Kinderzahl zu erhalten.

Regionale Finanzversorgung retten – Ländliche Bankfilialen erhalten

Die AfD Bayern hält es für dringend geboten, die Versorgung mit örtlichen Bankdienstleistungen im ländlichen Raum sicherzustellen. Durch geeignete staatliche Standortförderung muss mindestens eine regionale Bank- oder Sparkassenfiliale im Umkreis von 10 km erreichbar sein.

Kulturlandschaften erhalten – Flaschenverbrauch eindämmen

Die AfD fordert Naturschutz mit den Bauern, nicht gegen sie. Grund und Boden vermehrt sich nicht; unsere Lebensgrundlage muss erhalten werden. In der überwiegend kleinräumig strukturierten Landschaft Bayerns mit ihren vielen unterschiedlichen Landschaftstypen ist die Landwirtschaft der wichtigste Pfeiler der Pflege unserer Kulturlandschaft. Die Lebensmittelproduktion hat für uns Vorrang vor Energiegewinnung, Gewerbe und Industrieanlagen, Siedlungsdruck oder sonstigen Faktoren der Bodenversiegelung.

Regionale Vermarktung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse ausbauen

Die AfD will Direktvermarktung und Erzeugergemeinschaften unterstützen. Die Vermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse in Bayern ist über die Stärkung regionaler Wertschöpfungsketten weiter auszubauen. Die AfD will regionale Erzeugergemeinschaften beim Ausbau ihrer Marktposition fördern. Wir wollen ihnen bei der Vermarktung und der Weiterentwicklung ihrer Erzeugnisse zu höherwertigen Produkten in der Wertschöpfungskette zur Seite stehen und sie beim Einkauf von Betriebsmitteln unterstützen.

Drastische Steuersenkungen!

Die Altparteien transformieren den gerechten Sozialstaat in einen ungerechten Transferstaat, wobei die immense Steuerlast von 40 Prozent der Wirtschaftskraft und fast der Hälfte der Lohneinnahmen den Arbeitswillen ersticken. Die AfD ist die einzige Partei, die alle Steuerzahler und Leistungsträger drastisch und spürbar entlasten will. Dafür fordern wir die Abschaffung der Grundsteuer, die Aufhebung der Grunderwerbssteuer für die erste selbstgenutzte Immobilie und die Abschaffung der Erbschaftssteuer und Schenkungssteuer. Wir verlangen außerdem die Erhöhung des Freibetrags der Einkommenssteuer und des Sparerpauschbetrags, die Einführung von Familiensplitting, die Abschaffung der kalten Progression, des Solidaritätszuschlags, der CO₂-Abgabe und des CO₂-Emissionshandels. Weiterhin setzen wir uns für die Senkung der Strom- und Energiesteuern, die Abschaffung aller Substanzsteuern sowie des Rundfunkbeitrags, die Senkung des kombinierten Unternehmenssteuersatzes (Körperschaftssteuer und Gewerbesteuer) und die Besteuerung der nur entnommenen Gewinne bei Einzelunternehmen und KMU ein. Eine globale Mindeststeuer darf es nicht geben. Die Besteuerung von (digitalen) Megakonzernen hat nach dem Marktlandprinzip zu erfolgen. Der Steuerwettbewerb der Gemeinden und Kommunen ist zu stärken.

Schlanker Staat im Dienst der Bürger

Linksgrüne Bestrebungen haben die Politik im Freistaat Bayern weitgehend übernommen, was zu Überschuldung, Steuerverschwendung und Zentralisierung führte. Nur die AfD steht für einen schlanken Staat im Dienst der Bürger, für Subsidiarität und Haushaltsdisziplin. Wir fordern die Senkung von Subventionen, die Bestrafung von Steuerverschwendung, den Verzicht auf Neuverschuldung des Staatshaushalts und die doppelte Buchführung der Staatsfinanzen. Der EU-Finanzausgleich muss maximal gesenkt, und bayerische Staatseinnahmen müssen vornehmlich für Bayern verwendet werden. Das Vergabewesen ist ideologiefrei zu gestalten. Staatliche Rüstungsaufträge sind vorrangig an die heimische Industrie zu vergeben. Des Weiteren wollen wir die EU-weite Ausschreibungspflicht abschaffen oder zumindest eine maßgebliche Anhebung des Freibetrags erreichen. „Öko-Tokens“ oder ein Sozialpunktesystem, mit dem die Bürger beeinflusst und manipuliert werden sollen, lehnen wir ab. Wir erteilen auch einem „Klimageld“, staatlichen Klimaschutzverträgen und EEG-Subventionen eine klare Absage.

Rückkehr zur strikten Finanzstabilität ohne „Wenn und Aber“

Die AfD Bayern setzt sich im Sinne künftiger Generationen für die Rückkehr zu einer soliden Finanzierung des Freistaates Bayern ohne Verschuldung ein. Gerade in Zeiten angeblich krisenbedingter, ständig zunehmender Ausgabensteigerungen muss das Ziel eines schuldenfreien Haushaltes umso stärker verfolgt werden.

Reform des Gemeindehaushaltsrechts

Unsere Kommunen müssen so aufgestellt werden, dass sie den großen, insbesondere finanziellen, Herausforderungen der kommenden Jahre gewachsen sind. Die AfD setzt sich deshalb für eine Reform des Gemeindehaushaltsrechts ein, die eine Verpflichtung zur Umstellung auf Doppik enthält, um die noch in vielen bayerischen Gemeinden verwendete Kameralistik als Buchführungsmethode abzulösen. Die Doppik ermöglicht eine umfassende Verschuldungsdarstellung, setzt Inventuren voraus und macht es möglich, neben der Liquidität auch die Wirtschaftlichkeit einer Gemeinde zu beurteilen. Mit diesen Werkzeugen können Probleme und grundlegende Änderungen im Haushalt rechtzeitig erkannt und Maßnahmen eingeleitet werden.

Daseinsvorsorge in öffentlicher Hand behalten

Die AfD Bayern fordert, Einrichtungen der Daseinsvorsorge im Freistaat in öffentlicher Hand zu behalten und dies rechtlich durch Erhebung in Verfassungsrang sicherzustellen. Dies gilt vor allem für die kommunale Wasserversorgung, die im Rahmen des Programmes „Wasserzukunft Bayern 2050“ besonderen Schutz genießen soll.

Grundfunk statt öffentlich-rechtlicher Staatspropaganda

Das derzeitige öffentlich-rechtliche Rundfunksystem werden wir grundlegend reformieren. Nach dem notwendigen Ausstieg Bayerns aus dem Medienstaatsvertrag wird der Bayerische Rundfunk die Grundversorgung mit ausgewogenen und niveauvollen Kultur-, Nachrichten- und Bildungsformaten übernehmen, zu der auch die Berichterstattung über regionale Sportereignisse gehört. Das ermöglicht eine drastische Beitragssenkung für die Bürger. Kontrolliert wird der neue Bayerische Grundfunk von einem – direkt von den Bürgern gewählten – ehrenamtlichen Grundfunkrat.

Für den innovativen Finanzplatz Bayern – Edelmetallhandel ausbauen

Die AfD Bayern setzt sich für den Ausbau des Finanzplatzes Bayern ein. Mit der Bayerischen Landesbank im Staatsbesitz verfügt der Freistaat über einen der größten deutschen Goldhändler und sollte darüber die Börsenhandelsplätze München und Nürnberg für den Handel mit Gold und Silber, aber auch mit innovativen, etwa blockchainbasierten Finanzprodukten, ausbauen.

Bargeldgarantie in die Bayerische Verfassung!

Bargeld ist gemünzte Freiheit. Die AfD Bayern fordert, das Bargeld ohne Beschränkungen für alle Bürger zu erhalten. Vor dem Hintergrund einer absehbaren Digitalisierung der Zahlungsmittel ist es unerlässlich, diese Freiheit auf höchster Ebene zu verankern. Daher gehört ein Bekenntnis zum Bargeld in die Bayerische Verfassung.

Aufbau einer bayerischen „Goldreserve“

Die AfD befürwortet den Aufbau einer eigenen Goldreserve des Freistaates Bayern als zusätzliches wertaufbewahrendes und werterhaltendes Volksvermögen mit Ewigkeitsgarantie. Nach dem Vorbild der Bundesbank kann über die Bayerische Landesbank ein „bayerischer Goldschatz“ aufgebaut werden, der unabhängig von schmelzendem Euro, wachsender Inflation, Wirtschaftskrisen, Börsenschwankungen und überbordender Staatsverschuldung Werte des Volksvermögens erhält.

Bezirkstagswahlprogramm

Wissenswertes zu den bayerischen Bezirken

Die bayerischen Bezirkstage sind eine Besonderheit und nur in Bayern und der Rheinpfalz vorgesehen. Neben den sieben Regierungsbezirken bestehen in dritter kommunaler Ebene die Bezirkstage. Diese übernehmen Aufgaben, die über die Zuständigkeit und das Leistungsvermögen der Landkreise und kreisfreien Städte hinausgehen. Im Wesentlichen betrifft das die Bereiche Soziales, Gesundheit, Heimat, Tradition, Kultur, Jugendbildung und Umwelt. Rund 94 Prozent der Haushaltsmittel werden im Sozial- und Gesundheitswesen, in der Pflege und der Behindertenarbeit aufgewendet. Als AfD achten wir darauf, dass das Geld bei den hilfsbedürftigen Menschen ankommt und nicht für ideologische Projekte verschwendet wird. Die Schnittstelle zur Staatsregierung findet sich beim Bezirkstag, dem kommunalen Spitzenverband der sieben Bezirke Bayerns.

Heimat und Kultur

Bayern ist lebens- und liebenswert. Mit seiner malerischen, vielfältigen Landschaft, den Bergen, Wäldern und Seen, den kleinen Dörfern ebenso wie dem Charakter der Kleinstädte und der Landwirtschaft zeichnet sich Bayern aus. Aber auch der „Bayer“, der Mensch, ist etwas ganz „Eigenes“. Heimatpflege ist für die AfD neben der Natur auch die Pflege der Traditionen, Bräuche und Kultur, des Dialekts und der Sprache. Durch Denkmalschutz und eine objektive, ehrliche Erinnerungskultur soll die Geschichte der Bayern an junge Generationen weitergegeben werden.

Inklusion und Teilhabe

Die Inklusion von Menschen mit Behinderung ist eine der originären Aufgaben der Bezirke. Das Wohl der Betroffenen hat oberste Priorität. Die AfD begrüßt die Teilhabe von Menschen mit Behinderung und fordert ihre optimale individuelle Betreuung und Förderung. Die Schulbegleitung halten wir in der Praxis für mangelhaft. Wir fordern, dass Lehrkräfte für Inklusionsklassen in Sonderpädagogik fortgebildet werden. Der Einsatz von Schulbegleitern führt oftmals zu einer Mehrfachbesetzung von Betreuern in einer Klasse. Hier muss das Kultusministerium nachbessern und darf diese Problematik nicht auslagern.

Teilhabe am Arbeitsleben

Versuche, Menschen mit Behinderung aus den Werkstätten auf den Arbeitsmarkt zu bringen, um sie dort zu integrieren, führen bei den Betroffenen oft zur Ablehnung. Die AfD fordert, dass die persönlichen Wünsche der Betroffenen respektiert werden. Inklusion darf nicht unter Druck geschehen.

Mehr Hilfen für Schwerstmehrfachbehinderte und deren Eltern

Schwerstmehrfachbehinderte, die aufgrund ihrer Krankheit zum Überleben auf eine 24-Stunden-Betreuung angewiesen sind, sind nicht in der Lage, eine Schule oder Werkstatt zu besuchen oder eine andere Art von Behindertenhilfe in Anspruch zu nehmen. Aus Liebe zu ihrem Kind leisten Eltern diesen Dienst gerne, solange sie das können. Es gibt jedoch erschütternde Fälle, dass völlig überlastete Eltern aus Verzweiflung ihrem Kind und sich selbst das Leben nehmen. Die AfD fordert spezielle Hilfeangebote für besonders betroffene Eltern.

Betroffene besser in Entscheidungen einbinden

Als überörtlicher Träger der Sozialhilfe finanzieren die Bezirke Leistungen für Menschen mit Behinderung und Pflegebedarf und übernehmen dadurch wichtige Aufgaben im Sozialwesen. Wir betrachten die sozialen Belange als Kernaufgaben der Bezirke. Für die Integration, Inklusion und die Teilhabe von Menschen am gesellschaftlichen Leben ist zu sorgen, um selbstständiges und selbstbestimmtes Leben in Würde zu ermöglichen. Wir fordern dabei die stärkere Einbeziehung der benachteiligten Menschen in Entscheidungsprozesse. Statt über diese Menschen zu reden, muss man mit ihnen reden. Sie sind unsere Mitbürger und gehören zu unserem Gemeinwesen.

Pflegestützpunkte zur neutralen Beratung bayernweit ausbauen

Für die Orientierung und Unterstützung der Pflegebedürftigen und ihrer Angehörigen wurden in Oberbayern sogenannte Pflegestützpunkte eingerichtet. Die anderen Bezirke ziehen nach. Wir begrüßen eine dezentrale, neutrale Beratung in allen Belangen der Pflege und möchten bayernweit in jedem Landkreis und jeder kreisfreien Stadt die Einrichtung dieser Beratungsstellen erreichen.

Hilfe bei Obdachlosigkeit

Durch die willkürlichen und unverhältnismäßigen Maßnahmen der Staatsregierung während der Corona-Krise wurden viele Menschen schwer geschädigt. Lockdowns, einrichtungsbezogene Zwangsimpfungen, Konkurse und Arbeitsplatzverluste führten zu einem enormen Anstieg der Obdachlosigkeit, die Kommunen und Kreise belastet. Die AfD fordert eine bessere Unterstützung der Kommunen bei der sozialen Betreuung von Obdachlosen.

Bezirke 2030+ Fit für die Zukunft

Das Projekt „Bezirk 2030+“ im Bezirk Oberbayern möchte insbesondere die Verwaltung und die Bezirkseinrichtungen stärken und modernisieren. Die AfD unterstützt diese Ambitionen in den Bereichen der Digitalisierung, des Kundenservice, der IT-Ausstattung und bei sinnvollen Umstellungen, welche die Verwaltung effizienter und kundenorientierter ausgestalten und auch die

Arbeitsbedingungen der Mitarbeiter erleichtern. Die Unterordnung aller sozialen Aufgaben unter die Agenda der CO2-Neutralität als erklärtes Ziel lehnen wir jedoch ab.

Psychotherapie und Betreuung junger Menschen

Die überzogenen und oft rechtswidrigen Corona-Maßnahmen der Staatsregierung schaden der psychischen Gesundheit der Menschen enorm. Dabei fällt auf, dass sich psychische Erkrankungen, insbesondere Depressionen, Angst- und Anpassungsstörungen, bereits bei jungen Menschen häufen. Während für Senioren bei Wohlfahrtsverbänden teilweise niederschwellige Angebote bestehen, fehlen vergleichbare Betreuungsmöglichkeiten für junge Menschen. Wir fordern daher, Anlaufstellen speziell für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene, außerhalb von Psychotherapie und Psychiatrie, niederschwellig bereitzustellen.

Psychiatrie transparent machen – bessere Kontrollfunktionen vorsehen

Die Psychiatrieeinrichtungen müssen von neutralen Institutionen besser kontrolliert und durch Aufsichtsstellen überwacht werden. Wir fordern den Ausbau von Beschwerdestellen. Diese sind mit Experten aus den einschlägigen Fachrichtungen zu besetzen. Zwangsmaßnahmen, Freiheitsentzug und Unterbringung dürfen nur in einem exakt definierten gesetzlichen Rahmen erfolgen und müssen genau kontrolliert werden.

Lotsen für soziale Beratung

Viele Menschen in schwierigen Situationen kennen ihre Rechte und die Möglichkeiten sozialer Hilfsangebote nicht. Ihnen fällt es schwer, sich im Dschungel der Dienstleister zurechtzufinden. Wir wollen daher, vergleichbar mit den Pflegestützpunkten, neutrale Stellen bei den Bezirken einrichten, die Hilfesuchende dabei unterstützen, für sie das passende Angebot zu finden und ihnen beim Ausfüllen von Formularen helfen.

Jugendarbeit und Politische Bildung

Politische Bildung ist zu begrüßen. Doch darf diese nicht dazu instrumentalisiert werden, um fragwürdige Ideologien, die nur eine Gesinnung als „richtig“ anerkennen, in Kinderhirne zu implementieren.

Zur Demokratie gehören Toleranz, Meinungsvielfalt und die Freiheit des Individuums. Kinder und Jugendliche sollen durch politische Bildung Demokratie im Sinne unseres Grundgesetzes kennenlernen. Demokratie bedeutet, diese auch praktisch zu leben.

Vereinsleben stärken!

Aufgrund der aktuellen Krisen und eines gesellschaftlichen Wandels sind Kommunen oft nicht mehr in der Lage, die örtlichen Vereine adäquat zu unterstützen. Finanzielle Einbußen, gesetzliche Vorgaben, Haftungsfragen und Personalmangel machen es Vereinen immer schwerer, ihre Aufgaben zu meistern. Dabei erfüllen Vereine wichtige Integrations- wie auch Sozialisationsfunktionen und müssen deshalb von den Bezirken besser unterstützt werden.

Elektromobilität ist ein Irrweg

Als AfD lehnen wir die Umrüstung der Bezirke in Bayern auf Elektro-Fahrzeuge ab. Die teilweise mit Kinderarbeit verbundene Gewinnung von Rohstoffen für die Herstellung von Batterien verursacht massive Umweltschäden und ist für uns inakzeptabel. Darüber hinaus zeigen Studien von Joanneum Research und Volkswagen, dass batteriebetriebene Fahrzeuge viel mehr CO₂ emittieren als Diesel-Fahrzeuge. Daher setzen wir auf eine Ausrüstung der Bezirke mit Diesel-Fahrzeugen.

Leichte Sprache statt Gendersprachbarrieren

Wir lehnen die Umstellung der Kommunikation der Bezirke auf Genderschreibweise unter Verwendung von Sonderzeichen bei der Korrespondenz und bei Sachstandsberichten ab. Gendersprache bedeutet eine generelle Verunstaltung der Sprache und stellt insbesondere für Menschen mit Behinderung eine zusätzliche Hürde und Verwirrung dar. Gegenüber der „Leichten Sprache“ ist das höchst kontraproduktiv und kostet darüber hinaus viel Geld und Zeit.

Umweltschutz

Alle kostspieligen Bemühungen um CO₂-Neutralität werden das Weltklima aufgrund anderer, viel relevanterer Faktoren nicht beeinflussen. Anstatt viele Milliarden Euro Steuergeld für dieses illusorische Ziel zu opfern, müssen wir Konzepte verfolgen, die uns bei der Anpassung an veränderte klimatische Bedingungen helfen. Die Bezirksgüter müssen auf natürliche Klimaveränderungen vorbereitet werden. Das gilt für die Land- und Forstwirtschaft genauso wie für Immobilien und Wohnformen. Der Umweltschutz, der Erhalt der Artenvielfalt und die Pflege unserer Natur und Gewässer haben höchste Priorität. Dabei gibt es jedoch nicht nur einen dogmatischen Weg, sondern wir sollten stets verschiedene Perspektiven gegeneinander abwägen und pragmatische Entscheidungen fällen. Die AfD steht für nachhaltigen, ganzheitlichen Umweltschutz statt einer ideologisierten Fixierung nur auf das Thema „Klimawandel“.